

# die Proletin

Zeitung des Bundes der Kommunist:innen (BdK)

Ausgabe 05/2024



## NIE WIEDER KRIEG!

Völkermord ist etwa anderes“, bekundete Wirtschaftsminister Robert Habeck im Februar auf die Frage, wie er Israels Krieg gegen die Palästinenser:innen bewerte. Was denn Völkermord sei, wenn nicht das Aushungern und Vertreiben einer ganzen Bevölkerung, das Bombardieren von Schulen, Krankenhäusern und Wohngebieten, die Ermordung von zehntausenden Frauen und Kindern und der erklärte Wunsch einer Regierung, ein ganzes Volk „loszuwerden“ – diese Antwort blieb der Grüne schuldig.

Er muss sie schuldig bleiben, denn seine Regierung mordet mit. Deutschland hat seine Waffenlieferungen an die faschistische israelische Regierung seit dem 7. Oktober 2023 stark hochgefahren, gegenüber 2022 hat sich das Volumen fast verzehnfacht. Darunter sind auch hunderttausende Schuss Munition.

Genau daran aber wollen Regierung, Konzern- und Staatsmedien Schritt für Schritt die Bevölkerung der Bundesrepublik gewöhnen. Es soll wieder normal werden, dass Deutschland international am Massenmord beteiligt ist. Ob in der Ukraine, in Israel, beim Flotteneinsatz gegen den Jemen oder beim türkischen Feldzug gegen die Kurden: die Ampel mischt mit. Wollte man anfangs nur Helme und Schutzausrüstung in die Ukraine schicken, kamen dann Munition, Artillerie, Panzer. Jede einmal gezogene rote Linie wird verschoben und dann erneut überschritten. Man will, wie es Boris Pistorius (SPD) formulierte, Deutschland „kriegstüchtig“ machen.

Dazu aber gehört nicht nur das Hochfahren der Produktion von Waffen. Die Gesellschaft muss abgerichtet werden, das Morden als unausweichlich und alternativlos

zu akzeptieren. Der Gegner muss dämonisiert, der Wunsch nach Frieden als Feigheit vor dem Feind oder Verrat gebrandmarkt werden. Wer sich gegen die westliche Weltordnungspolitik auflehnt, muss wahlweise als „Antisemit“ oder „Putinfreund“ verunglimpft und mundtot gemacht werden – von der Polit-Elite Hand in Hand mit der braven Journalistenzunft.

Wer aber am Ende nicht selbst auf die Schlachtbank der kapitalistischen Interessen geführt werden will, wird sich davon nicht einschüchtern lassen. In Zeiten der vorerst noch verbalen Mobilisierung der Gesellschaft bleibt es eine revolutionäre Tat, Nein zu sagen. Nein zum Massensterben für NATO-Interessen in den Schützengräben der Ost-Ukraine. Nein zur Unterstützung des Genozids in Palästina und Nein zum Kurdenmorden des NATO-Partners Türkei.

Für uns ist dieses Nein zugleich der Anfang eines Ja. Ein Ja zu einer Gesellschaft, in der sowohl der kapitalistische Krieg wie auch der kapitalistische Frieden Geschichte sind. Die konsequenteste Opposition gegen imperialistische Kriege fand sich in den vergangenen hundert Jahren stets in den Reihen der Arbeiterbewegung. Denn das einzige Mittel gegen den Krieg ist die Einheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten weltweit – über nationale Grenzen hinweg.

Schon deshalb kann eine rassistische Partei wie die AfD, deren Geschäftsmodell darin besteht, nach unten zu treten, während man mit Milliarden kuschelt, nie eine Antikriegspartei sein. Eine Bewegung für das Ende aller Kriege muss die Ursachen bekämpfen – und das kann nur eine sozialistische Kraft. /Redaktion

### in dieser Ausgabe:

#### THEMA: Krieg

**2** Warum rüstet die BRD auf und wer profitiert davon?

#### THEMA: Imperialismus

**3** Münchner Sicherheitskonferenz: Trauern um die alte Weltordnung – Planen für die neue

#### LOKAL

**4** Neues aus Wedding, Lichtenberg, Neukölln und der Jugend

#### INTERNATIONAL

**7** Der vergessene Krieg – Artsakh und die geopolitischen Verwicklungen Aserbaidschans

#### WIRTSCHAFT

**8** „Für Krieg ist Geld da“ – Die Debatte um die Schuldenbremse

#### ÖKOLOGIE

**9** Warum weder eine Notbremse, noch Technik allein die Klimakatastrophe abwenden können

#### SPORT

**10** „Green Brigade“, die Ultras von Celtic Glasgow über den Stellenwert politischer Solidarität im Fußball

#### KULTUR

**11** Ein Gemälde, ein Gedicht und ein Buch gegen den Krieg

## Nein sagen wie Liebknecht – Hamza Kartal

Dezember 1914: Der Erste Weltkrieg tobt seit fast 6 Monaten. Der Verrat der Sozialdemokraten, ihr Übergehen auf die Seite der Kriegstreiber, ist noch in aller Munde. Zu Kriegsbeginn hatte die deutsche Regierung noch verkündet, dass bis Weihnachten alle deutschen Soldaten wieder zu Hause sein würden. Nun rückt Weihnachten immer näher, doch die Situation an der Front sieht ganz anders aus als versprochen.

Die Last dieser verheerenden Fehlkalulation bürdet die Reichsregierung dem werktätigen Volk auf. Die Arbeitszeit steigt in diesen Wochen beinahe so schnell wie die Preise. Die Leute müssen immer mehr arbeiten, nur um sich am Ende des Tages immer weniger leisten zu können. Eine Massenverarmung setzt ein.

Unter diesen Umständen tagt der Reichstag am 2. Dezember und diskutiert über einen zweiten, von der Reichsregierung geforderten Kredit in Höhe von fünf Mil-

liarden Reichsmark zur Finanzierung der Kosten des Krieges. Als es zur Abstimmung kommt, heißt es im Protokoll der Reichstagsitzung:

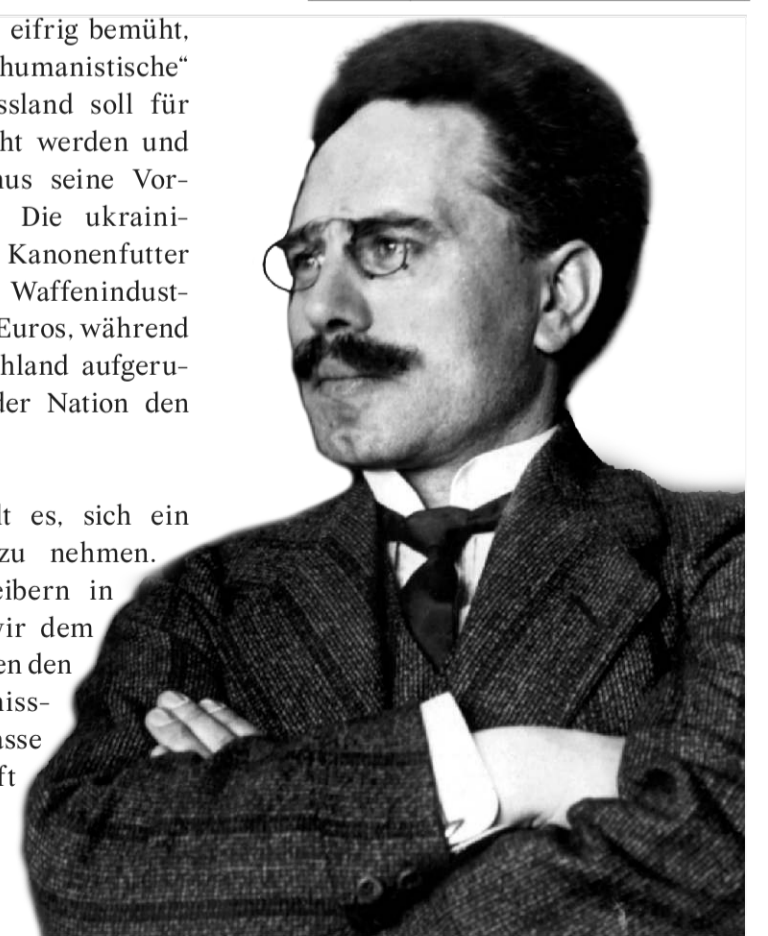
**„Reichstagspräsident Dr. Kaempf:  
Es ist, soweit ich sehen kann, einstimmig  
– mit Ausnahme eines einzigen  
Abgeordneten.“**

Dieser eine Abgeordnete war Karl Liebknecht. Mit seinem „Nein“ zum Krieg der Herrschenden brach er die Disziplin gegenüber seiner Partei, der SPD, und stärkte seine Loyalität gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Von diesem Tag an wurde der Name Liebknecht zum Symbol dafür, was es heißt, ein aufrichtiger Mensch zu sein. Dafür, was es bedeutet, mit der ganzen Persönlichkeit und unbeirrt für die Sache des Fortschritts und des Friedens einzutreten.

Über 100 Jahre später rollen wieder deutsche Panzer in Richtung Russland und

die Sozialdemokraten sind eifrig bemüht, ihre Kriegstreiberei als „humanistische“ Pflicht zu verkaufen. Russland soll für künftige Kriege geschwächt werden und der deutsche Imperialismus seine Vormachtstellung behaupten. Die ukrainischen Massen dienen als Kanonenfutter für diesen Zweck. Für die Waffenindustrie fließen Milliarden von Euros, während die Werktätigen in Deutschland aufgerufen werden zum Wohle der Nation den Gürtel enger zu schnallen.

In Zeiten wie diesen gilt es, sich ein Vorbild an Liebknecht zu nehmen. Fallen wir den Kriegstreibern in den Rücken und setzen wir dem barbarischen Krieg zwischen den Völkern einen kompromisslosen Kampf unserer Klasse gegen ihre Herrschaft entgegen!



# Krieg lässt Kassen klingeln

von Jaber Ahmadi



Scholz zu Besuch bei Rheinmetall in Unterlüß bei Düsseldorf

**Z**eitenwende – das Wort ist seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 in aller Munde. Die Wende, die das gebracht hat, ist aber nicht, dass ein Staat einen anderen aufgrund von geopolitischen oder ökonomischen Gründen angegriffen hat. Nein, schön wäre es. Die tatsächliche Wende ist, dass nun Rüstungslobbyisten und Politiker gewisse Pläne, die seit langem in ihren Schubladen schlummern, hervorholen und umsetzen können. Denn seitdem scheint alles möglich und sagbar: 100 Milliarden Sondervermögen, eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, sogar eine europäische Atombombe wird offen diskutiert.

## Kein Ende der Geschichte

Mit Beginn des Krieges ist auch ein Szenario wieder auf dem Tisch, was viele nicht mehr für möglich hielten – den territorialen Krieg zwischen Staaten mit großen

Materialschlachten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion bauten die meisten Staaten ihre Armeen so um, dass spezialisierte Eingreiftruppen gegen eher kleine und leicht bewaffnete paramilitärische Einheiten eingesetzt werden konnten.

Auch die Bundeswehr wurde unter neoliberalen Vorzeichen klein geschruppft, während die deutsche Industrie sich primär auf hochspezialisierte Systeme verlagerte. Die Aussage des Generalinspektors des Heeres, Alfons Mais, dass „das Heer mehr oder weniger blank da“ stehe, bedeutet, dass die Bundeswehr nicht in der Lage sei, einen Territorialkrieg im Sinne eines klassischen Staatenkrieges zu führen.

Auch wenn das wieder hervorgeholte Feindbild vom Russen, der vor der Tür steht, so nicht stimmt, nimmt die Gefahr von militärischen Konfrontationen aufgrund

der zunehmenden Spannungen objektiv zu. Gleichzeitig befindet sich die deutsche Wirtschaft in der Krise, denn die heimische Produktion schwächelt und die Konkurrenz um Absatzmärkte und Ressourcen wird global immer größer. Gerade für den Exportweltmeister Deutschland führt das zu einem grundlegenden Problem.

## Militärausgaben gegen die Krise

Statt dem Dogma des freien Marktes wird aufgrund der globalen Konflikte vermehrt auf sichere Wirtschaftsbeziehungen in verbündeten Staaten gesetzt. Das Kapital versucht, bestehende Liefer- und Produktionsketten anders zu strukturieren, sowie die eigenen Absatzräume zu verteidigen und neue zu erschließen. Aus dieser Perspektive ist es zwingend notwendig, eine größere Armee aufzubauen und dafür eine massive Aufrüstung voranzutreiben. Deutschland muss sich, um eine

eigenständige imperialistische Politik führen zu können, von der militärischen Abhängigkeit von den USA lösen.

Gleichzeitig kann die forcierte Produktion von Rüstungsgütern dazu beitragen, die aktuelle ökonomische Krise zu bearbeiten und die negativen Effekte der wirtschaftlichen Umstrukturierung zumindest abzumildern. Die historisch bedingte Verschränkung der meisten deutschen Rüstungskonzerne mit zivilen Sektoren könnte einen nicht zu unterschätzenden Schub in der Gesamtproduktion auslösen.

Noch ist die Rüstungsindustrie aber weder ein relevanter ökonomischer Faktor noch in der Lage, schnell und in großem Umfang zu produzieren. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass der größte Einzelposten im Sondervermögen der Einkauf des Kampfflugzeuges F-35 aus den USA ist. Sehr zum

Ärger der Franzosen hat hier die transatlantische Einbindung funktioniert.

## Wer bezahlt das eigentlich?

Deutlich relevanter als die Frage, wer welche Aufträge erhält, ist aber ein ganz anderer Aspekt. Denn weder die Rüstungsexporte an die Ukraine noch bereits geplante und extrem kostenintensive Projekte wie neue Panzer oder Schiffe, sind finanziell im Sondervermögen eingeplant. Scholz hat bereits angekündigt, dass die Ampel den Militäretat spätestens nach Auslaufen des Sondervermögens auf mindestens zwei Prozent des BIP erhöhen wird. Das heißt, dass spätestens ab 2026 jährlich mindestens 25 Milliarden Euro mehr in die Rüstungsindustrie fließen sollen.

Im Umkehrschluss stellt sich hier die relevante Frage: Zu Lasten welcher Ausgaben wird das finanziert werden? Es gibt dabei nur zwei Möglichkeiten: Erstens, die Schuldenbremse wird nicht aufgehoben. Dann werden Einsparungen in anderen Bereichen des Haushaltes erfolgen, absehbarerweise vor allem bei den Sozialausgaben. Oder, zweitens, die Schuldenbremse wird nur für Rüstungsausgaben außer Kraft gesetzt werden. Dann würde der Staat das Dogma der Schuldenbremse im Interesse des Kapitals und geopolitischer Erwägungen lockern, während die Mehrheit der Bevölkerung weiter vor die Hunde geht.

In beiden Szenarien erhöht sich die Kriegsgefahr und der Profit der Konzerne, in keinem der beiden hat die Arbeiterklasse etwas zu gewinnen – und ein mögliches drittes Szenario wird ausschließlich aus Widerstand erwachsen.

# Der Städtekrieg der NATO und die Aufstandsbekämpfung

Krieg: Das ist etwas was für viele Menschen in den Zentren des Kapitalismus tausende Kilometer entfernt statt findet. Dabei ist es näher als gedacht. – Cassia Strachna

**E**in Blick auf die Militärstrategien der herrschenden Klasse und ihrer Militärs lässt erkennen, das für sie das Szenario eines Krieges in Westeuropa gar nicht so fern ist. Seit vielen Jahren wird in der NATO intensiv diskutiert, wie sie mit den militärischen „Herausforderungen“ der Zukunft umgehen kann.

## Verarmung der Städte

Anfang der 2000er Jahre ließ die Weltbank verlauten, dass die zunehmende Armut in den städtischen Ballungsräumen für das Kapital eine der größten Gefahren darstelle. Die Weltbank beschrieb damit eine Entwicklung, die sich in einer globalen Perspektive bis heute so fortführt: Das Entstehen von riesigen Siedlungen und Slums der Armen und Arbeiter:innen um die städtischen Zentren herum.

Dort wo sich Armut konzentriert, konzentriert sich auch Unzufriedenheit. Wo sich Unzufriedenheit konzentriert, besteht das Potential für politische Kräfte zu wirken.

zu organisieren und zu handeln. Beides muss der Staat unterdrücken und für jedes Militär stellen Städte eine der größten Herausforderungen dar. Es ist schwierig für sie, „den Feind“ in der dortigen Bevölkerung zu identifizieren, vor allem wenn dieser über Unterstützung aus der lokalen Bevölkerung verfügt.

Aus diesem Grund entwickelt die NATO Strategiepapiere wie das „Urban Operations in the Year 2020“ Papier. Zentrales Element dieses Papier ist die Weiterentwicklung des „Counter Insurgency (COIN)“ Ansatzes, der eine enge Verzahnung von militärischer Repression und Gewalt im Verbund mit NGOs und Zivilgesellschaft beschreibt. Ziel ist es, die Bevölkerung durch Gewalt, Propaganda und psychologische Kriegsführung von den Aufständischen zu entfremden, zu trennen und diesen so die Basis ihres Kampfes zu entziehen.

Wer bei „Aufständischen“ an militärisch ausgebildete Einheiten

denkt, liegt nicht falsch, aber es geht gleichzeitig auch um viel mehr – oder eigentlich um viel weniger. Ein Blick in die USA oder Frankreich zeigt, wann diese Strategien jetzt schon eingesetzt werden. Nämlich dann, wenn die abgehängten und unterdrückten Schichten unserer Klasse auf die Straße gehen, wenn die Menschen der Ghettos und Bonlieus ihre angestaute Wut entladen und kurzzeitig an der Oberfläche der bürgerlichen Ordnung kratzen.

## Slums und Aufstände – in Deutschland?

In Deutschland existieren aktuell noch keine Slums in diesem Sinne. Aber was so fern scheint, ist tatsächlich recht nah. Denn auch hier können wir zwei Tendenzen deutlich sehen: Erstens die Verdrängung unserer Klasse aus den Stadtzentren an den Stadtrand und zweitens eine massive Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Jetzt schon prägen immer mehr Wohnungslose das Straßenbild großer Städte und erfahren eine verstärkte Repression.



Die französische Polizei ging 2016 mit aller Gewalt gegen Proteste gegen die Arbeitsmarktreform vor.

Es ist deshalb kein Zufall, dass der Staat die Polizei militarisiert und ihre Kompetenzen ausweitet. Wozu sonst braucht die Polizei Panzerwagen wie den Survivor R. Auch das Verbot, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen, ist mittlerweile faktisch irrelevant, denn einige Spezialeinheiten der Polizei sind besser ausgebildet und ausgerüstet als die Bundeswehr.

Gleichzeitig wird ein gezielt gesteuertes Klima der Angst davor erzeugt, in einem Ausnahmezu-

stand zu leben, den nur der Staat, seine Polizei und sein Militär kontrollieren könnten. Zu Silvester war ein neuer Höhepunkt sichtbar, wie dadurch Grenzen verschoben werden, ohne dabei auf Widerstand zu stoßen: Auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln gab es zwar keine Böllerei, dafür aber alle 50 Meter Sicherheitskontrollen durch die Polizei.

Ein Schelm, wer dabei an Checkpoints in militärisch besetzten Gebieten denkt.

# Der Kuchen wird neu verteilt

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz feilen westliche Wirtschaft und Politik gemeinsam mit dem Militär an der neuen Weltordnung – Avatis Serkassian



Söder begrüßt Harris zur Sicherheitskonferenz am Münchner Flughafen.

Wir haben keine andere Wahl, als mehr in Verteidigung und militärische Abschreckung zu investieren und gleichzeitig das Streben nach gegenseitigem Vorzügen stärker auf politisch gleichgesinnte Staaten zu beschränken“ (aus: Lose-Lose? Munich Security Report 2024)

Seit 60 Jahren treffen sich alljährlich führende politische, wirtschaftliche und militärische Akteure der NATO Staaten und ihrer Verbündeten im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz (MSC). Neben einer langen Liste von Sponsoren und Partnern wie Bayer, Allianz, Siemens Energy, Airbus, BP oder Rheinmetall, beteiligen sich auch mehrere Bundesministerien und das Land Bayern an den Kosten.

Damit sich die Gäste drei Tage lang im Hotel Bayerischer Hof in aller Ruhe mit Lobbyorganisationen und Thinktanks wie die Atlantik Brücke oder dem Atlantic Council austauschen können, sind zur Sicherheit der MSC bis zu 3.500 Polizisten im Einsatz. Denn die MSC bildet einen sehr relevanten Eckstein der sicherheitspolitischen Strategiefindung der NATO-Staaten.

In diesem Jahr fand die MSC vom 16.-18. Februar mit etwa 450 Gästen statt. Die Diskussionsgrundlage und Themensetzung der Konferenz lässt sich im Security Report mit dem Titel „Lose-Lose?“ finden. Politischer Ausgangspunkt des Reports ist die zweite „Zeitenwende“, die mit dem Ukraine-Krieg beginnt und für die Autoren das Ende der Ära der ersten „Zeitenwende“, die Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, einläutet.

## Alte Blöcke, neue Blöcke

Es wird einer Zeit der regelbasierten Weltordnung nachgetrauert, in der angeblich die ganze Welt von den Gewinnen der Globalisierung profitiert hätte und die Demokratien auf dem Vormarsch waren. Verkleidet hinter diesen üblichen Phrasen, spricht

die tiefe Besorgnis darüber, dass sich die Ära des unangefochtenen Wütens des US-geführten Imperialismus einem Ende zuneigt und sich innerimperialistische Verteilungskämpfe einer neuen Qualität abzeichnen.

China, Russland und einige aufstrebende BRICS-Staaten bilden die zentrale Bedrohung, denn sie wollen ihren „Anteil am Kuchen“ vergrößern. Aber auch einige Akteure im globalen Süden, die sich nicht uneingeschränkt zur westlichen Herrschaft bekennen, werden zum Teil des Problems. Natürlich sehr zum Bedauern der Autoren, die den „Kuchen“ als ein Vorrecht der USA und Europas begreifen, während sie die Krümmel dem globalen Süden als Fortschritt und Entwicklung verkaufen wollen.

In sieben Unterpunkten werden zentrale geopolitische und ökonomische Tendenzen der sich ausweitenden Verteilungskämpfe thematisiert und Gegenmaßnahmen herausgearbeitet:

1. *Russland und der Ukraine-Krieg*
2. *China und die Entwicklung im Pazifik*
3. *Naher Osten und der Gaza-Krieg*
4. *Sahelzone der Putsch im Niger*
5. *Handelskriege und wirtschaftliche Entkopplung*
6. *Klimawandel*
7. *Technologische Entwicklung*

Die zentrale Gegenstrategie ist dabei de facto die Verstärkung der Blockbildung, um die bestehenden Einflussphären zu schützen und zu erweitern. So wird nicht nur von langfristigen finanziellen und militärischen Unterstützungen sowie Garantien für die Ukraine gesprochen, sondern auch eine konkrete Expansion der EU und der NATO in die bestehenden Pufferstaaten um Russland herum vorgeschlagen. Im Fokus stehen hier aktuell insbesondere Moldawien, Georgien und Serbien. Die Blockbildung geht aber über die Stärkung der Bereitschaft zur Konfrontation mit Russland oder den aufkommenden Diskussionen zu einer europäischen Atombombe weit hinaus.

## Spielball Afrika

Insbesondere für die Länder des globalen Südens hat sie weitreichende Konsequenzen. Am Beispiel der Sahel-Region ist die Sorge über das Scheitern der eigenen imperialistischen Politik und dem Verlust der Einflusszonen spürbar. Zum einen erschwert der militärische Rückzug Frankreichs aus der Region kurzfristig den Zugriff auf die Bodenschätze und die Kontrolle über die Migrationsströme. Zum anderen besteht die Gefahr, dass eine mögliche Allianz zwischen Mali, Burkina Faso und Niger langfristig die gesamte Machtbalance der Region verändert.

Die Sorge, dass Russland davon profitieren könnte, ist groß. Das Blockdenken – was abgelehnt wurde, solange es zum eigenen Vorteil war – führt dazu, dass der globale Süden trotz der drakonischen Ausbeutung ihrer Bodenschätze und ihrer Arbeitskraft in den goldenen Zeiten des Neoliberalismus, auch jetzt dazu aufgefordert wird, sich dem US-geführten Imperialismus unterzuordnen. Jeder geringste Ansatz, zwischen den neu entstehenden Blöcken eine relative Eigenständigkeit zu erreichen, ist zu unterlassen und wird brutal sanktioniert.

## What about China?

Die Thematik der Blockbildung erstreckt sich aber vor allem auf die umfassende Eindämmung von China als primäre rivalisierende imperialistische Kraft. Im Pazifik sollen unter japanischer Führung Bündnisse angestrebt werden, die einer Erstarbung Chinas entgegenstehen. Unterdessen stärken die Philippinen, Südkorea und Indonesien ihre militärische Kooperation mit den USA weiter.

Dem chinesischen Konzept von „Von und für Asien“ steht das amerikanische Konzept vom „freien und offenen Indo-Pazifik“ entgegen. In anderen Worten geht es hier um den Erhalt und die Expansion der amerikanischen Einflussphäre bis an die chinesische Grenze. Analog zu dieser Umstellung werden strategische Schritte für

die Entkopplung von China thematisiert.

Die Rede ist von sicheren Wirtschaftsbeziehungen in verbündeten Staaten anstelle von profitableren Wirtschaftsbeziehungen zu den Gegnern. Die Entflechtung der ökonomischen Interdependenz von nicht verbündeten Ländern und die Verlagerung von Versorgungs- und Handelsketten in befreundete Staaten ist ein sogenanntes „friend shoring“.

Die Dynamik der globalen Ökonomie bewegt sich dadurch weiter weg vom hoch gepriesenen freien Markt hin zu einer neuen Art von Blockprotektionismus. In dieser Ausrichtung ist zum einen die Frage der Rohstoff- und Energieautarkie wichtig, zum anderen aber auch die Frage um Zugang und Entwicklung neuer Technologien. Ein ganzes Kapitel des Security Reports ist den neuen Technologien AI und der Halbleitertechnologie gewidmet.

Mit Samsung (Südkorea) und TSMC (Taiwan) liegt die gesamte weltweite Produktion von Halbleiterchips in unmittelbarer geographischer Nähe zu China. Eine Verlagerung der Produktion nach Europa (siehe European Chips Act) wird aber nur ein Teil des Problems lösen, da der Großteil der weltweiten Gallium- und Germanium-Bestände in China selbst liegen.

## Globales Pulverfass

Dem US-geführten Block stehen harte Zeiten bevor. Aber auch für China, Russland oder Indien ist die erfolgreiche Behauptung in den anstehenden innerimperialistischen Verteilungskämpfen alles andere als sicher. In imperialistischer Manier ist das Gebot der Herrschenden immer mehr: „Entweder gewinnen wir oder niemand darf gewinnen.“ Klar bleibt jedoch, dass jedes Szenario zum Nachteil des Großteils der Menschheit sein wird. Und wenn es heute noch sehr fern scheint, ist dennoch klar, dass nur der organisierte Kampf der werktätigen Massen weltweit uns aus dieser Misere der Wahl zwischen Pest und Cholera befreien kann.

## BRICS

### Kapital gegen Kapital von Karl Busch

Die BRICS sind in aller Munde. Als Gefahr, als Chance, als Investmentmöglichkeit – je nachdem wen man fragt. Aber was sind die BRICS überhaupt?

Zunächst einmal waren die BRIC-Staaten ein Zusammenschluss aus sog. Schwellenländern: Brasilien, Russland, Indien und China. Diese Länder, mit überdurchschnittlich großem Wirtschaftswachstum, wurden Anfang der 2000er Jahre als besonders gute Investitionsmöglichkeit durch den Goldman-Sachs Banker Jim O'Neill identifiziert.

Aufgrund von ähnlichen ökonomischen Positionen und Interessen gründeten diese Staaten 2006 einen Wirtschaftsverband. Südafrika wurde 2011 Mitglied, womit sich der Name BRICS etablierte. Seit 2024 gehören noch Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate dazu.

Seit seiner Gründung hat sich der BRICS Verbund immer weiter von bisher als globale Ordnungsmacht auftretenden Institutionen, wie dem Internationalen Währungsfond oder der Weltbank, entfernt. Stattdessen wurden eigene Institutionen, wie die „New Development Bank“, geschaffen.

Besonders seit dem Krieg in der Ukraine gewinnen die BRICS zusätzlich an Gewicht, da sie potentiell die Möglichkeiten haben, Wirtschaftssanktionen zu unterlaufen. So entsteht vor allem durch Russland und China ein Gegenpol zu der wirtschaftlichen Hegemonie der USA. Die unipolare Weltordnung wankt.

Gut so, könnte sich ein anti-imperialistisch orientierter Mensch jetzt denken, eine neue Blockbildung die den US-Imperialismus in seine Schranken weist. Doch so einfach ist es nicht. Denn anders als im 20. Jhd. handelt es sich bei dem neuen Machtblock nicht um einen sozialistisch orientierten, der mit dem kapitalistischen Block in einer Systemkonkurrenz steht.

Stattdessen existieren zwei kapitalistische Blöcke, die miteinander konkurrieren. Es geht also schlicht und ergreifend um die Frage, wessen imperialistische Interessen die Oberhand gewinnen. Die Arbeiterklasse kann in einer solchen Konkurrenz nur verlieren. Schließlich liefert sie das Menschenmaterial für die Schlachtfelder eines neuen heiß-kalten Krieges.

# „Auf eine Zukunft für die es sich zu kämpfen lohnt!“

Interview mit Mina (19) über den Weg von Kreuzberg United zum Kommunistischen Jugendbund - Jurek Luisenstadt

**Ihr habt gerade einen großen Schritt gemacht, dazu herzlichen Glückwunsch. Aber sag mal kurz was ihr da eigentlich macht?**

Danke. Ja, wir sind auch alle stolz auf diesen Aufbruch. Wir haben uns als Kreuzberg United nicht nur dem Bund der Kommunist:innen (BdK) angeschlossen, sondern sind dabei, eine neue Jugendorganisation aufzubauen.

**Den Kommunistischen Jugendbund?**

Genau. Und wie der Name schon andeutet, heben wir das Ganze damit auf eine neue Stufe. Wir arbeiten jetzt expliziter und verabschieden uns von der Kiezarbeit, beziehungsweise der Beschränkung auf nur einen Kiez.

**Das heißt, das Projekt Kreuzberg United ist damit beendet?**

Ja und nein. Kreuzberg United wird eher aufgehoben. Einerseits endet es und wir springen über den Kreuzberger Tellerrand hinaus, denn wir machen jetzt berlinweit kommunistische Jugendarbeit. Andererseits bleibt die bisherige Arbeit ja bestehen. Alle alten Projekte wie das Jugendboxen, unsere rote jugendakademie oder die sozialen Veranstaltungen werden weitergeführt.

**Erklär mal, was Kreuzberg United war und weshalb ihr euch zu diesem Schritt entschieden habt.** Ich bin selbst nicht von Anfang an dabei, aber das Projekt wurde 2019 gestartet. Es ging damals darum, der Perspektivlosigkeit lin-

ker Szenepolitik etwas entgegenzusetzen und mit einem anderen Stil herauszusteichen. Das heißt, ansprechender und nahbarer zu sein. Das lief schon echt gut und immer besser je mehr wir uns auch inhaltlich gefestigt haben. Unsere Bildungseinheiten waren eigentlich erst zur Selbstverständigung gedacht, gehören mittlerweile aber zu den beliebtesten offenen Angeboten. Dazu haben wir soziale Angebote und Sportprogramme entwickelt und natürlich die politische Aktion.

te aus anderen Teilen der Stadt. Die meisten sind nicht mehr zu uns gekommen wegen, sondern trotz der Kiezbezogenheit.

Der andere Grund: Wir sind Kommunist:innen und haben immer als Ziel, die Kräfte zu bündeln. Wir haben gemerkt, dass wir in unserer unfreiwilligen Autonomie an Grenzen gestoßen sind. Mit dem Bund der Kommunist:innen haben wir nun eine Orientierung und Rückhalt. Andersherum stellen wir ihm die

schaftlichen Miteinander haben. Ich freue mich immer beim Plenum, auf Demos oder bei Veranstaltungen vertraute und liebe Gesichter zu sehen. Das gibt mir Hoffnung auf eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt! Das steht eben nicht im Widerspruch zu der festeren Struktur. Ganz im Gegenteil: Die neue Organisationsform gibt uns jetzt die Sicherheit, dem Sozialen auch weiter den angemessenen Raum im Politischen geben zu können.

benehmen, weil man denkt, dass sonst alles sofort auseinanderfallen würde, sondern kann allen kritischen Gedanken Raum geben und sich auch mal streiten. Inhaltlich natürlich. Und nach Aussehen können wir jedem Jugendlichen im Umfeld auf Augenhöhe begegnen und so weiter. Das ist alles sehr wichtig, weil man nur so wirklich vorankommen kann.

**Und wie geht es nun weiter für euch? Wie kann man als junger, interessierter Mensch Teil davon werden?**

Erstmal geht's über Kreuzberg hinaus. Wir machen immer mehr Veranstaltungen und Aktionen jetzt auch in anderen Bezirken und zu Themen, die nicht nur Kreuzberger:innen ansprechen. Alle sind herzlich dazu eingeladen, zu allem zu kommen, was wir auf unseren Kanälen bewerben und mit uns ins Gespräch zu kommen. Wir wollen offen sein für ganz verschiedene Interessen und Level der Beteiligung. Alle von uns jungen Leuten können voneinander lernen, uns weiterentwickeln und das ist auch die Voraussetzung für einen gemeinsamen schlagkräftigen Kampf.



Der Kommunistische Jugendbund auf der „Stoppt die Kriegstreiber“ Demo am 24.02.2024 in Lichtenberg.

**Und wenn es gut lief, weshalb nun dieser Schritt?**

Naja, wir konnten so keine politische Perspektive entwickeln. Einerseits waren wir schon länger nicht mehr wirklich eine Kreuzberger Gruppe. Wir machen z.B. schon seit längerem auch Veranstaltungen in der Roten Lilly in Neukölln und unsere Mitglieder kommen eh schon zur Hälfte

Jugendabteilung, die er braucht.

**Das ist aber doch eine bierernstere Angelegenheit. Verschwindet nicht der jugendliche Charakter?**

Ja, das klingt sehr ernst. Und es bringt ja auch tatsächlich viel mehr Ernsthaftigkeit mit sich. Aber nein, am Ende sind wir alle sehr junge Leute, die auch Spaß an der Politik und dem genossen-

**Was bedeutet diese organisatorische Sicherheit, von der du sprichst?**

Wir wissen, da ist etwas, das auf festen Beinen steht, das bleibt, und das vom BdK den Rücken gestärkt bekommt. Das ist total wichtig, um sich mit Mut und Selbstvertrauen der Zukunft zuzuwenden. Und so muss man sich auch nicht immer so verkrampft



in der „Roten Lilly“  
Emser Str. 114  
12051 Berlin

@komjugenbund  
X@komjugenbund

## Unterstützt die Stadtteilkomitees! Werdet Fördermitglieder!

### Warum Stadtteilkomitees?

Was wir mit unseren Stadtteilkomitees wollen, ist der Aufbau von Gegenmacht. Dies bedeutet für uns zum einen die Fähigkeit, Dinge, die uns nicht passen, verhindern zu können: Wenn ein Nazi-Aufmarsch nicht durch den Stadtteil läuft, wenn ein Luxus-hotelbau nicht umgesetzt werden kann, wenn ein Betrieb eine Kündigung zurücknehmen muss. Zum anderen geht es aber nicht nur ums Verhindern, sondern auch ums Aufbauen und Entwickeln: Wenn wir unser Zusammenleben organisieren, Konflikte in der Gemeinschaft geklärt werden oder Kinderbetreuung gemeinsam organisiert wird, dann ist das Gegenmacht.

Aus diesem Grund haben wir Nachbarschaftsläden in Wedding, Lichtenberg und Neukölln aufgebaut, in denen wir auf die gemeinsame Gestaltung des Stadtteils und gegenseitige Solidarität setzen.

### Wie unterstützen?

Am meisten helfen uns kleine wiederkehrende Förderbeträge, diese ermöglichen uns mit Weitsicht zu planen und uns unabhängig von potenziellen Geldgeber:innen auf unsere Arbeit zu fokussieren. Dennoch sind auch einmalige Spendenbeiträge sehr hilfreich. Unser Verein ist gemeinnützig, schreibt uns also für Spendenbescheinigungen eine E-Mail an: [info@kollektiv-berlin.net](mailto:info@kollektiv-berlin.net).



#### PayPal

Einfach den QR-Code abrufen, die Höhe des Förderbeitrags bestimmen und als monatliche Spende deklarieren. Dann nur noch das Stadtteilkomitee eures Vertrauens auswählen und per PayPal den Auftrag abwickeln.

#### Dauerauftrag

Ihr könnt natürlich auch von euch aus einen Dauerauftrag einrichten. Dafür bitte den gewünschten monatlichen Betrag direkt an Kollektiv e.V. auf das Konto des jeweiligen Stadtteilkomitees mit Verwendungszweck „Förderbeitrag“ überweisen.



#### Wedding:

DE68 4306 0967 1096 6167 01



#### Neukölln

DE84 4306 0967 1096 6167 04



#### Lichtenberg:

DE57 4306 0967 1096 6167 05

# Sonnenallee: Zwischen Repression und Widerstand

- Kate Hopps, Meta Cobell



Wer in Neukölln gegen Apartheid, Siedlerkolonialismus und Völkermord auf die Straße geht, wird schnell zum Staatsfeind. Zwischenzeitlich reicht schon die Kuffiyah, um im öffentlichen Raum nicht mehr geduldet zu werden.

Ayed, ein älterer Mann, sitzt in seinem Stammcafé an der Sonnenallee, raucht und trinkt einen Kaffee. So trafen wir ihn, als er uns von seinen Erfahrungen der letzten Monate seit dem 7. Oktober erzählte. Und genau so hat ihn auch die Polizei angetroffen, wenige Wochen nach dem 7. Oktober: am selben Tisch sitzend, mit Kippe und Kaffee. Drei Polizisten stellen sich ihm gegenüber und fordern, dass er nach Hause gehen soll. Der Grund? Er trägt eine Kuffiyah. Diese Tatsache genügt der Polizei, um zu entscheiden, dass er als arabisch gelesene Person als Bedrohung für den öffentlichen Raum gilt.

In den Straßen Neuköllns, entlang der Sonnenallee, hallt seit Monaten der Ruf nach Solidarität mit Palästina wider: „Demonstration auf der Sonnenallee immer und überall“. Wo wir uns

die Straßen nehmen, steht uns die Polizei stets gegenüber. Dabei ist diese Repression gegenüber Palästina-Solidarität nichts Neues und existierte bereits Jahre vor dem 7. Oktober. Doch seitdem hat die Repression eine neue Dimension erreicht.

Anfangen mit einem Übergriff eines Lehrers auf einen Schüler an einer Neuköllner Schule, der eine Palästina-Flagge trug, wurden Symbole wie die Kuffiyah oder die palästinensische Flagge an Schulen verboten. Die Versuche, Demonstrationen zu unterdrücken, erwiesen sich in den vergangenen Monaten als vergeblich. Woche für Woche strömen Menschen auf die Straßen, um für die Freiheit Palästinas zu kämpfen. Dabei kam es kontinuierlich zu brutalen und willkürlichen Festnahmen, selbst die Jüngsten unter ihnen, kaum 9 Jahre alt, blieben davon nicht verschont.

Nicht anders sah es in der Sonnenallee zu Silvester aus. Mit Kontrollen alle 50 Meter wurden erneut die Grenzen dessen getestet und ausgeweitet, was an staatlicher Kontrolle möglich ist. Linke und migrantische Orte wie das Karanfil oder das Oyoun werden unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung durchsucht oder schlichtweg die Finanzierung von einem Tag auf dem anderen entzogen.

Gleichzeitig existiert medial eine unerbittliche und rassistische Hetze gegen jede Form von Palästina-Solidarität, die einseitig als Judenhass dargestellt wird und versucht, jüdische Personen und Palästinenser:innen gegeneinander auszuspielen. Diese Propaganda sät Verunsicherung und erschwert es auch der breiteren Bevölkerung, eine klare Position zu finden und sich solidarisch mit dem Kampf für eine freies Palästina zu zeigen.

Dahinter wird eine klare politische Agenda des Staats sichtbar. Die Dauerpräsenz der Polizei an der Sonnenallee wird unter dem Deckmantel eines „Sicherheitsgefühls“ gerechtfertigt, doch sie verschweigen wessen Sicherheit dabei gemeint ist. Tatsächlich ist es augenscheinlich: Der ständige polizeiliche Überwachungsstand führt zu verstärkten rassistischen Kontrollen, Schikanen und letztlich zur Verdrängung. Dadurch wird nicht nur der Rassismus genährt, der eine unverzichtbare Stütze der deutschen Abschiebepolitik ist, sondern es dient auch der „Aufwertung“ unserer Kieze und der Vertreibung ihrer Anwohner:innen.

Wir dürfen nicht vergessen, Repressionen betreffen früher oder später jede:n von uns. Die Sonnenallee ist nicht nur eine Straße, sondern ein Schauplatz des Widerstands und des

Protests. Auf den Mauern, in Tags, Graffiti und auf Plakaten manifestiert sich der Wunsch für ein freies Palästina und für eine andere Welt. Trotz Verboten und Kriminalisierung organisieren wir uns weiter, denn Polizei und Staat schützen uns nicht – das müssen wir selbst tun!

Die Anekdote von Ayed, der von der Polizei ohne Begründung aufgefordert wurde, das Café zu verlassen, erzählte er uns auf einem unserer Rundgänge durch den Kiez. Wir fragten, wie er darauf reagiert hat: „Nicht mal mein Vater hat mir mehr zu sagen, wann ich nach Hause gehen muss. Natürlich bin ich sitzen geblieben!“



in der „Roten Lilly“  
Emser Str. 114  
12051 Berlin

@stadteilkomitee\_neukoelln  
t.me/stadteilkomitee\_nk

## Krise am Leo

Soziale Lösungen für soziale Probleme?! - Robert Spät

Der Weddingener Leopoldplatz ist schon seit Jahren von Drogenkonsum geprägt. In letzter Zeit zeichnet sich allerdings ein Wechsel von Alkohol hin zu Heroin und Crack ab. Die ohnehin schon angespannte Situation am Leo spitzt sich dadurch weiter zu. Der überdachte Sitzbereich, wo sich die Drogenszene trifft, befindet sich direkt neben einem Kinderspielplatz. Es liegen Spritzen auf dem Boden und immer öfter kommt es zwischen Konsument:innen und von Seiten der Polizei zu Gewalt.

Im Unterschied zu den Plänen, den Görlitzer Park einzuzäunen, wird immer wieder betont, dass eine Verschiebung des Problems weg vom Leo nicht die Lösung sein kann. Trotzdem wird auch hier, wie so oft, mehr Repression gefordert. Eine erhöhte Polizeipräsenz vor Ort soll die Lage verbessern.

Es ist ein Mythos, der sich wacker hält, dass die Polizei als In-

stitution für mehr Sicherheit und Gerechtigkeit sorgen kann. Die Bürgerinitiative „Wir am Leo“ will neben mehr Polizei auch eine bessere Versorgung durch Sozialarbeitende. Obwohl diese Forderung natürlich zu begrüßen ist, sollte klar sein, dass auch soziale Arbeit nur Symptombekämpfung für die tiefgreifenden Probleme unserer Gesellschaft sein kann, die am Leo besonders sichtbar werden.

Zunächst führen die chronische Unterfinanzierung, der Personal-mangel und die prekären Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich dazu, dass Sozialarbeiter:innen die gestellten Anforderungen gar nicht erfüllen können, denn wirklich bedürfnisorientierte Arbeit ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Und obwohl die Versorgung am Leo etwas verbessert wurde, beispielsweise durch ein Drogenkonsummobil, wird im sozialen Bereich bekanntlicher-weise kräftig gespart.

Zuletzt hatte der Senat massive Kürzungen angeordnet, die zur Schließung von bis zu hundert sozialen Einrichtungen im Bezirk Mitte geführt hätten. Dank vehementem Protest konnten dies zunächst abgewendet werden, gespart werden soll allerdings trotzdem. Im Angesicht der aggressiven Sparpolitik, die alles kürzt, was sich nicht direkt für die Profitlogik des Marktes verwerten lässt, ist klar, dass es der herrschenden Politik nicht ernsthaft um eine Verbesserung der Lebensumstände der Weddingener Bevölkerung geht.

Doch selbst angemessen finanzierte soziale Arbeit kann die strukturellen Ursachen für die Probleme nicht an der Wurzel bekämpfen. Denn Sucht ist auch ein Symptom der zunehmenden Armut in der Gesellschaft, verursacht von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihren Krisen. Während für Kriege und Aufrüstung Milliarden mobili-

siert werden, steigen die Preise für das, was wir zum Leben brauchen; wohnen, essen, heizen. Dadurch werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, wo sich soziale Probleme, wie eben auch Sucht, zuspitzen. Vielen fehlt aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Vereinzelung auch jegliches soziales Netz, was sie in der Bewältigung ihrer Krisen unterstützen und auffangen könnte. All das wird am Beispiel Leopoldplatz deutlich.

Die katastrophalen Zustände dort, müssen daher auch als Ausdruck der Verelendung im Kapitalismus verstanden werden. Deswegen befürworten wir einerseits die Forderung nach mehr sozialer Arbeit vor Ort, denn mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen für die Sozialarbeiter:innen tragen einen wichtigen Teil dazu bei, die Situation zumindest etwas zu entschärfen. Andererseits braucht es eine viel grundlegende

Veränderung hin zu einer bedürfnisorientierten und gerechten Gesellschaft, in der nicht Konkurrenz und Vereinzelung, sondern Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung im Mittelpunkt stehen.

Wir vom Stadteilkomitee Wedding wollen für eine solche Gesellschaft den Grundstein legen, indem wir bei uns im Kiez der Isolation und dem Elend mit nachbarschaftlicher Solidarität etwas entgegensetzen. Also kommt in die Rote Ella in der Buttmanstr. 1A, zum Beispiel immer freitags von 16 bis 19 Uhr zu unserem offenen Café, lernt eure Nachbar:innen kennen und organisiert euch im Stadteilkomitee Wedding.



in der „Roten Ella“  
Buttmannstraße 1A  
13357 Berlin

@stadteilkomitee\_wedding  
t.me/kommunewedding

# „Wir arbeiten mit Menschen, nicht mit Papieren.“

Interview mit Sophia Köbele von der Berliner Krankenhausbewegung. Geführt von Sybille Wühdorf



Die Kinderkrankenschwester Sophia Köbele aus dem Sana Klinikum Lichtenberg bereitet sich mit ihren Kolleg:innen auf intensive Auseinandersetzungen mit ihrem Arbeitgeber vor. Die Beschäftigten wollen einen Entlastungstarifvertrag, wie er bereits an anderen Berliner Kliniken erkämpft wurde.

**Kannst du zu Beginn einen Überblick über die aktuelle Situation im Sana geben?**

Die Arbeitskolleg:innen sind stark belastet. Jeder ist mit unglaublich viel Arbeit konfrontiert und überall fehlt Personal. Ich denke, dass in der Corona Zeit noch sehr viel mehr Personal im Pflegebereich wirklich weg- und zusammengebrochen ist. Im wahrsten Sinne des Wortes. Es sind viele Kolleg:innen aus dem Beruf gegangen. Das ist völlig normal und verständlich. Wir müssen uns alle irgendwann die Frage stellen: Kann ich das noch vor mir verantworten, Arbeit zu leisten, die mit guter Patient:innenversorgung nichts mehr zu tun hat?

**„Das große Ziel ist, mehr Personal zu bekommen, damit man seinen Beruf wieder so ausüben kann, wie man es gelernt hat.“**

**Was sind denn eure aktuellen Forderungen?**

Wir möchten einen Entlastungstarifvertrag und haben die Geschäftsführung aufgefordert mit uns in Verhandlungen zu treten. Dafür haben wir uns in allen Teams mit der Frage beschäftigt, was wir eigentlich konkret brauchen. Bei mir im Team fordern wir beispielsweise eine gute Patient:innen-Personal-Regelung. Diese würde regeln, wie viele kranke Früh- und Neugeborene eine Fachschwester tatsächlich betreuen kann. Dazu haben wir uns Schlüssel überlegt der bestimmt, wie die Besetzung in den einzelnen Schichten aussehen muss und wofür es zusätzliches Personal geben muss. Das große Ziel ist aber nicht, dass wir ganz viel Freizeit generieren, weil wir so viele belastete Schichten haben.

Das große Ziel ist, mehr Personal zu bekommen, damit man seinen Beruf wieder so ausüben kann, wie man es gelernt hat. Wir arbeiten mit Menschen, nicht mit Papieren. Ich kann niemanden zur Seite legen. Studien haben auch

gezeigt: Das in den letzten Jahren ausgestiegene Fachpersonal würde zurückkommen, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Teilzeitangestellte würden wieder in die Vollzeit gehen, wenn sie wüssten, dass die Schichten nicht mehr in dieser belasteten Form ablaufen würden. Wir möchten, dass diese Menschen zurückkommen in ihre Berufe und in unser Krankenhaus.

**Wärt ihr denn auch bereit für eure Forderungen in den Streik zu gehen?**

Die Motivation ist da. Allerdings ist Streik immer ein Druckmittel, das als letzter Ausweg gilt. Wir haben unseren Arbeitgeber erstmal zu Verhandlungen aufgefordert. Leider haben die nicht reagiert. Wir sind dann mit einer Petition für Verhandlungen unter den Kolleg:innen gestartet. 84% von uns haben unterschrieben.

ten, indem man Berufsgruppen unterschiedlich wertschätzt. Und genauso schlecht haben es natürlich auch die Mitarbeiter:innen bei uns aufgenommen.

**„Was am Ende verdient wird, sollte dann wieder in die Krankenhäuser zurückfließen. Das ist Gemeinwohl.“**

**Was ist der Unterschied eurer Situation als privater Träger zu kommunalen Trägern?**

Sana ist ein kommerzieller Konzern. Erstmal funktioniert zwar jede Klinik gleich, denn die Erlöse aus Behandlungen sind überall gleich hoch festgelegt. Aber der Gewinn, der nachher gemacht wird, wird anders verwaltet und verteilt. Das ist der Unterschied. Ich denke, alle Krankenhäuser müssten eigentlich so finanziert

Manchmal gibt es einfach Situationen, bei denen ich schon zwei Kinder, die sind auf Atemhilfe angewiesen. Da sind Mütter dabei unter Extremsituationen. Dann kriege ich ein akut lebensbedrohendes Kind aus dem Kreißsaal und muss mich auf diesen Zugang konzentrieren. In der Zwischenzeit ist aber niemand da, der für die anderen Kinder sorgen kann, weil die anderen zwei Mitarbeiter:innen selber vielleicht noch sechs Kinder zu betreuen haben und alle haben Hunger. Wenn dann irgendwann das Essen kommt, dann erbrechen sich die Kinder, weil sie total empfindlich und sensibel sind, was Stress angeht. Jeder, der selbst ein Kind bekommen hat weiß, wie anstrengend ein gesundes Neugeborenes ist und wie oft das die Eltern an den Rand ihrer Kräfte bringt. Und jetzt erwartet man von Pflegekräften, dass sie mehrere kran-

**„Ich möchte nicht mehr priorisieren oder mich entscheiden müssen, welcher Patient wichtiger ist.“**

Keiner der Angestellten im Sana Klinikum kann etwas dafür, dass dieses Krankenhaus ein privates Krankenhaus ist. Das wurde irgendwann vor vielen, vielen Jahren verbockt, als man der Meinung war, man müsste jetzt alles privatisieren. Es kam ja quasi alles unter den Hammer. Ob es das Wasser war, ob es die Energie war, ob es das Gas war: Alles. Ich sehe immer nur diese Entwicklung, dass zusammengestrichen und zusammengekürzt wird und sich nur noch darauf konzentriert wird, was Geld gibt. Die Krankenhausbewegung ist daher dringend notwendig, egal wo.

**Wie steht es um die Zusammenarbeit mit anderen Streikbewegungen, die gerade aktiv sind?**

Wir sind über verschiedene Kanäle verbunden. Es gibt immer kleine Delegationen oder schriftliche Solidaritätsbekundungen. Ich denke aber, dass das noch in den Kinderschuhen steckt. Denn gerade wird oft darüber gelacht, wenn zum Beispiel ein S-Bahn Fahrer streiken muss. Da haben die Leute aber einfach keine Ahnung, wie die Arbeitsbedingungen für die Lokführer, für die S-Bahn Fahrer und für das Personal bei der Deutschen Bahn aussehen. Da muss was getan werden.

**Unser Café ist ja in eurer Nachbarschaft. Was wünscht ihr euch in Bezug auf nachbarschaftliche Unterstützung?**

Je größer und je breiter die Unterstützung ist, desto besser. Wir waren schon mal in einer Streikauseinandersetzung und ich weiß, wie kräftezehrend das ist. Das letzte mal sind Menschen vorbeigekommen, auch Mütter mit Kinderwagen, die gesagt haben: „Wir finden das gut, dass ihr streikt! Es wird alles teurer und wir sind auf eurer Seite.“ Es waren auch zwei ältere Damen da, die lange auf ihre Behandlung warten mussten und die machten trotzdem ihr Portemonnaie auf und holten 10€ für unsere Streikkasse raus: „Gerade wir Frauen müssen doch zusammenhalten.“ Wir haben auch einen Brief bekommen von einer Mietergemeinschaft in Lichtenberg, die sehr ausführlich geschrieben haben, warum sie uns unterstützen und warum sie unseren Kampf wichtig findet. Manchmal kam auch einfach nur jemand vorbei mit einem Kuchen. Dann haben sich alle gefreut. Das sind kleine Gesten, die aber wichtig sind für uns.

 **im Café Wostok**  
Weitlingstr. 97  
10317 Berlin

 @stadtteilkomitee\_lichtenberg  
 t.me/stk\_lichtenberg



Beschäftigte der Sana-Klinik streiken für mehr Geld und mehr Personal

Für die Übergabe der Petition haben wir unsere Geschäftsführung zu einem Termin aufgefordert, zu dem sie nicht erschienen sind. Uns ist nichts anderes übrig geblieben, als in einer Mittagspause unser sehr großes Plakat mit den vielen, vielen Unterschriften in die Räume der Geschäftsführung zu tragen. Das hätte so nicht laufen müssen! Ich bin der Meinung, da fängt Wertschätzung an! Das hat die Leute sehr wütend gemacht.

Im Anschluss an die Petition ist die Geschäftsführung in die Teams gegangen und hat gesagt, dass sie ihr eigenes Ding machen werden. Sie meinten: „Sagt uns, was ihr braucht und dann kriegt ihr das.“ Nur zu mehr Personal meinten sie: „Nein, das ist nicht konstruktiv.“ Die Geschäftsführung hat jetzt quasi ein Angebot vorgelegt, von dem sie sagt, dass das angeblich besser sei als der Tarifvertrag. Aber dieses Angebot, ist sehr eingeschränkt: Es ist nur für die Leute, die in der Pflege arbeiten und nicht für ver.di Mitglieder. Das ist einfach falsch, die Belegschaft zu spal-

werden, dass sie in der Lage wären, alles, was notwendig ist auch zu bestreiten. Das, was am Ende verdient wird, sollte dann wieder in die Krankenhäuser zurückfließen. Das ist Gemeinwohl. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, alle Menschen gleichermaßen mit der bestmöglichen Medizin, Pflege und Therapie zu versorgen. Ich denke, mit Gesundheit Geld zu verdienen, ist schon der Fehler. Es ist ein Systemfehler und am Ende leidet alles unter der Kommerzialisierung.

**„Ich denke, mit Gesundheit Geld zu verdienen, ist schon der Fehler.“**

**Wenn du an die Zukunft denkst: Wie würdest du gerne arbeiten?**

Wenn ich es mir aussuchen dürfte, dann wäre erst mal der Patient:innen-Personalschlüssel so, dass ich mich wirklich zu 100% auf meine Patient:innen konzentrieren kann. Ich habe kranke Früh- oder Neugeborene und die Eltern sind unglaublich gestresst.

ke Neu- oder Frühgeborene und ihre Eltern betreuen. Das geht nicht. Solche Situationen möchte ich einfach nicht mehr erleben. Ich möchte nicht mehr priorisieren oder mich entscheiden müssen, welcher Patient wichtiger ist. Es ist das Recht jedes einzelnen Menschen, so klein oder so alt er auch sein mag, im Krankenhaus vollwertig und empathisch betreut zu werden.

**Seid ihr denn mit den anderen Krankenhausbewegungen vernetzt?**

Wir sind schon eine ganze Weile vernetzt. Wir haben die Berliner Krankenhausbewegung immer sehr aktiv begleitet und unterstützt. Wir haben auch die Streikenden im Streiklokal besucht. Ich finde das total wichtig, dass man spürt, dass man nicht allein ist. Gerade weil wir uns immer ein kleines bisschen außerhalb fühlen, weil wir nicht öffentlicher Dienst sind. Man denkt dann oft: „Nein, wir haben nicht das Recht auf diese Forderung, weil wir sind ja privat.“ Und das ist falsch!

# Der vergessene Krieg in Artsakh

Was Aserbaidschan mit Hilfe anderer Staaten erneut die Armenier vertreibt - Jeanne Masuma

Der jahrzehntelange Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um die Region Bergkarabach, auch bekannt als Artsakh, erfuhr im September 2023 eine Eskalation von nie dagewesenem Ausmaß. Die Region, welche zur überwältigenden Mehrheit von Armenier:innen bewohnt wurde, befand sich seit 1922 unter aserbaidchanischer Besatzung. Indigene Armenier:innen waren hier Massakern und Deportationen ausgesetzt. Nach Zusammenbruch der Sowjetunion und jahrelangem bewaffneten Widerstand wurde im Jahr 1994 die unabhängige Republik Artsakh durch die in Bergkarabach ansässigen Armenier:innen erklärt.

2020 brach Aserbaidschan das Waffenstillstandsabkommen, welches 1994 geschlossen wurde und begann eine militärische Offensive gegen die Republik Artsakh. Diese startete zunächst mit einer neunmonatigen Blockade und löste so eine humanitäre Notlage aus. Nachdem diese Taktik nicht dazu führte, dass die Armenier:innen die Region verließen, ging die aserbaidchanische Aliyev-Diktatur über zu roher Gewalt durch anhaltende Bomben- und Drohnenangriffe. In der jüngsten Offensive gelang es Aserbaidschan, die Republik Artsakh einzunehmen und einen militärischen Sieg über Armenien zu erringen, nachdem dessen ehemalige Schutzmacht Russland sich zuletzt nicht mehr in den Konflikt einmischte. Dies hatte die Vertreibung der Bevölkerung Artsakhs nach Armenien und so die, von Aserbaidschan angestrebte, ethnische Säuberung der Region zur Folge. Für das armenische Volk bedeutet die erneute Vertreibung, Ent-



Vereint im Kampf gegen Armenien: Türkei und Aserbaidschan

eignung und Gewalt ein traumatisches Wiedererleben des an ihnen zwischen 1915 und 1923 verübten Genozids durch türkische Nationalisten. Formell wurde die Republik Artsakh zum 1. Januar 2024 aufgelöst. Aserbaidschan erklärte die im Zuge der jüngsten Eskalation verübten Kriegsverbrechen als legitim und verlässt sich auf die schweigende Akzeptanz der internationalen Gemeinschaft, welche die Republik Artsakh nie anerkannt hatte.

Auf die Deckung seiner Kriegsverbrechen durch Staaten wie Deutschland kann sich Aserbaidschan umso mehr verlassen, seit es durch den Ukrainekrieg als Alternative zu Russland, zum strategischen Partner der EU für Gaslieferungen aufgestiegen ist. Das beweist einmal mehr, dass für einige Staaten Völkerrecht nur relevant scheint, wo es um die Durchsetzung der eigenen geopolitischen Interessen geht. Aserbaidschan konnte die ethnische Säuberung Bergkarabachs

nur mit der Unterstützung seiner engen Partner Türkei und Israel durchführen. Von ihnen, sowie aus der EU und Russland importierte Aserbaidschan zwischen 2010 und 2020 Waffen im Wert von 26,2 Milliarden Dollar, welche die Grundlage für den aktuellen Krieg bildeten. Aserbaidschan liefert 40 Prozent seines Öls an Israel. Israel belohnte den staatlichen Ölkonzern Aserbaidschans mit Verträgen zur Gas- und Ölexploration vor der Küste Gazas. Im Gegenzug stellt Aserbaidschan dem Mossad Stützpunkte für Operationen im Iran zur Verfügung. Trotz der Kapitulation Armeniens ist der Konflikt nicht beendet, da Aserbaidschan nun auch die südliche Provinz Armeniens beansprucht. Dieser erneute Drang nach Expansion ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass es in Artsakh eine ethnische Säuberung ohne Konsequenzen vollziehen konnte. Auch der derzeit andauernde, von Israel ohne Hindernisse verübte Genozid in Gaza, bietet diesbezüglich Inspiration für den

Diktator Aliyev. Dennoch wäre das eine weitere Steigerung zum Überfall auf Artsakh, da ein solcher Vorstoß Aserbaidschans die international anerkannten Grenzen Armeniens verletzen würde.

Mit der Auflösung der Republik Artsakh wurde armenisches Leben auf dem Gebiet fast vollständig ausgelöscht. Für die massenhaft Vertriebenen bleibt nur die Hoffnung, in ihre besetzte Heimat zurückkehren zu können. Artsakh demonstriert, dass die Kämpfe um Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Der Kampf ist international und gilt der Besatzung und Landraub, dem Faschismus und dem Imperialismus - von Palästina und Kurdistan bis nach Artsakh.



in der „Roten Lilly“  
Emser Str. 114  
12051 Berlin

@migrantifa\_berlin  
t.me/migrantifaberlin

## „All military-age males in a strike zone“ – Zeitenwende im Drohnenkrieg

„Alle Männer in der Kampfzone sind wehrfähig.“ Diese Verdachtsanalyse war für Drohnenoperatoren in der Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan handlungsweisend, wenn es um den Abschuss von Raketen ging. - Björn Tvätt

In den letzten Monaten überschlugen sich die Nachrichten zum Einsatz neuer Drohnentechnologie und Künstlicher Intelligenz (KI) in Kriegsgebieten. Kamikazedrohnen in der Luft und im Meer in der Ukraine, KI gestützte Zielauswahl für Bombardierungen im Jemen, Roboterhunde auf denen Mikrodrohnen landen können in Gaza. Vorbei scheint die jahrelange Debatte über die ethischen und moralischen Folgen von Kriegsrobotern. Mittlerweile scheint alles legitim im Kampf gegen das Böse, im Kampf gegen den Terror.

Spätestens seit dem 11. September 2001 und dem folgenden „Krieg gegen den Terror“ ist kein Fleck des globalen Südens mehr sicher vor den Predator (Raubtier) und Reaper (Sensenmann) Killerdrohnen der US-Armee. Auf der Jagd nach vermeintlichen Terror-

rist:innen existieren keine Grenzen. Schon 2013 operierten US-Spezialkräfte in 136 Ländern der Welt. Sicherlich wurden nicht immer Drohnen eingesetzt, genaue Zahlen existieren aber nicht. Oft bekennen sich die Urheber nicht mal zu diesen extralegalen Hinrichtungen. Verständlich, sind sie doch nach jeder internationalen Rechtsnorm höchst illegal. So kommt es auch, dass niemand genau sagen kann, wie viele Menschen bereits durch Drohnenangriffe getötet wurden. Sicher ist nur, dass es zehntausende sind, von denen ein nicht unwesentlicher Teil Zivilist:innen waren. Die Lüge von der Drohne als Präzisionswaffe hält sich aber weiter hartnäckig.

Doch dieser Krieg ist selbst für die mächtigste Armee der Welt nicht möglich, ohne eine Reihe williger Unterstützerstaaten - allen voran

die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart beherbergt nicht nur die US-Kommandostrukturen für Afrika und Europa (einschließlich Russlands), sondern auch den zentralen Umschlagflughafen Rammstein, ohne den keine Einsätze im Nahen Osten möglich wären. Das heißt, alle größeren Konflikte in Europa, Afrika und dem Nahen Osten, in denen die USA direkt oder indirekt involviert sind, können nur stattfinden, weil es diese Infrastruktur in Deutschland gibt.

Auch wird weiterhin viel zu wenig beachtet, inwiefern deutsche Geheimdienste die notwendigen Informationen beschaffen und weitergeben, um den weltweiten Drohnenkrieg zu steuern.

Derweil bedeutet die „Zeitenwende“ auch für die Bundeswehr als deutsche Interventionsarmee

eine Bewaffnung mit israelischen Kampfdrohnen vom Typ Heron TP. Dabei wird es aber nicht bleiben, denn allen voran Branchenprimus Rheinmetall forciert die Entwicklung von neuen Drohnensystemen in der Luft, am Land und zu Wasser. Offen bleibt, gegen wen diese neuen Killerroboter schlussendlich eingesetzt werden und ob die Bundeswehr sich nun bewaffnet an der weltweiten, illegalen Menschenjagd beteiligen wird.

Festzustellen ist, dass die Hemmschwelle fürs Töten und Krieg führen durch diese Art der ferngesteuerten Waffen kontinuierlich sinkt, da kein menschlicher Einsatz notwendig ist. Im Drohnenkrieg sterben immer die anderen. Diese Form des Kriegs ist politisch lange durchzuhalten. Die Bevölkerungen Afghanistans, Somalias, Jemens, Syriens oder Libyens sind die ungehörten Zeugen.

## Free Palestine from German guilt - Leila Adil

Als Grund für die bedingungslose Solidarität Deutschlands mit den Kriegsverbrechen Israels wird oft die „deutsche Schuld“ aus dem Holocaust an den Jüd:innen angeführt. Doch was hat es damit auf sich?

Konrad Adenauer sah es 1952 als eine moralische Verpflichtung an, ein Abkommen für Reparationszahlungen mit Israel abzuschließen. Diese Verpflichtung ergab sich für die damalige Bundesregierung aus der Anerkennung der Schuld für die Vernichtung von sechs Millionen Jüd:innen. Neben Zahlungen an Betroffene, vereinbarte das Abkommen die Zahlung von 3 Milliarden DM an den Staat Israel.

Gegenüber anderen Betroffenenengruppen, wie Sinti:zzen und Rom:nja, Schwarzen Menschen, Homosexuellen oder Kommunist:innen, gab es jedoch weder moralische Verpflichtungen, noch Reparationszahlungen. Das deutet darauf hin, dass weder die Anerkennung der Schuld aus den begangenen Verbrechen, noch eine plötzlich entdeckte Moral der ausschlaggebende Faktor für die Reparationszahlungen waren.

Vielmehr bot das Abkommen die Grundlage für Verhandlungen über wirtschaftliche Beziehungen mit anderen westlichen Staaten. Die BRD konnte dadurch seine Nazi-Vergangenheit reinwaschen, obwohl ein Großteil der neuen Eliten alte Nazis waren. Das Abkommen stellte daher eher eine Rehabilitationsmaßnahme dar, wodurch sich die BRD wieder als politische und wirtschaftliche Macht etablieren konnte.

Den Reparationszahlungen folgte in den 1960ern auch eine heimliche militärische Unterstützung. Das ermöglichte es dem damals noch wirtschaftlich schwachen israelischen Staat, den Aufbau seiner Wirtschaft voran zu treiben und seinen Militärapparat weiter auszubauen. Die BRD finanzierte so die militärischen Angriffe Israels gegen die Palästinenser:innen, sowie die anliegenden arabischen Staaten maßgeblich mit.

Auch aktuell ist es nicht die deutsche Schuld, die die Ampelkoalition antreibt, den Genozid in Gaza zu unterstützen. Nein, die Gründe sind die eng mit Israel verwobenen politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Staates. Die Unterstützung Israels ist - sowohl damals wie auch heute - die Möglichkeit, einen von deutschen Interessen geleiteten Imperialismus wieder aufleben zu lassen.

## Die Schuldenbremse und ihre Geschichte

- Rafael Mende

Die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form gibt es seit 2009. Ein Blick in die Geschichte zeigt auch, für welches wirtschaftspolitische Projekt sie steht.

1969 gab es in der BRD eine große Finanzreform. Bis dahin hatte noch ein Artikel aus der Weimarer Reichsverfassung die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung von Staatsausgaben untersagt. Mit der Reform 1969 wurde das möglich, insbesondere enthielt sie die sogenannte „Goldene Regel“: Es durften nicht mehr Schulden aufgenommen werden als der Staat in Investitionen steckte, damit stand den aufgenommenen Schulden immer eine zukünftige Einnahmequelle gegenüber. Durch diese Regelung wurde in den 70ern der Ausbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates und wichtige Investitionen z.B. in Infrastruktur und Bildung finanziert.

Die Reform von 1969 wurde in der Folge stückweise außer Kraft gesetzt. 2006 wurde etwa mit der „Föderalismusreform I“ der Bildungsbereich zur Ländersache und damit der staatlichen Kompetenz entzogen. Schon 1997 waren auf EU-Ebene Grenzen für die Staatsverschuldung der Mitgliedstaaten festgelegt worden, die die goldene Regel einschränkten. Durch die Schuldenbremse wurde diese dann 2009 endgültig abgeschafft.

Die Einführung der Schuldenbremse vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 steht auch für die Umsetzung des neoliberalen politischen Projekts. Während vorher dem Staat eine wichtige Rolle in der Finanzierung von Reformen und der Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zugewiesen worden war, wurde er nun zurückgedrängt. Es setzte sich die Ansicht durch, der Staat solle möglichst wenig in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen und privaten Ausgaben das Feld überlassen. Es bleibt nur die Privatisierung von vorher öffentlichen Sektoren als Instrument übrig, um nötige Investitionen in Infrastruktur, Gesundheit und andere Bereiche vorzunehmen. Den Ländern ist es übrigens seit 2020 überhaupt nicht mehr erlaubt, Schulden aufzunehmen.

# Deutschland spart – nur nicht am Krieg

Die Debatte um die Schuldenbremse zeigt: Schulden hin oder her, die staatliche Finanz- und Haushaltspolitik geht auf Kosten der Arbeiterklasse - Rafael Mende



Symbolische Schuldenbremse vor dem Finanzamt (2011)

Seit einigen Monaten streitet sich die Politik medienwirksam um die Schuldenbremse. Besonders präsent ist das Thema seit dem 15. November 2023. An diesem Tag verkündete das Bundesverfassungsgericht ein Urteil, das die Ampel-Koalition in eine mittelschwere Krise stürzte: Es untersagte der Regierung 60 Mrd. Euro, die zu Pandemiezeiten für die Stärkung der Wirtschaft eingeplant worden waren, jetzt als Investitionen im Klimaschutz einzusetzen.

Eine große Peinlichkeit für die Koalition. Eigentlich sollte im Dezember der Haushaltsplan für das Jahr 2024 verabschiedet werden, weil aber plötzlich die 60 Mrd. fehlten und die Regierung den Plan anpassen musste, verzögerte sich der Prozess bis Februar 2024. Die Debatten drehten sich dabei vor allem um die Frage, ob und wie sehr sich der deutsche Staat überhaupt verschulden sollte.

Was ist so brisant an der Schuldenbremse? Die Schuldenbremse, wie sie heute existiert, wurde 2009 eingeführt. Mehr noch, sie wurde ins Grundgesetz festgeschrieben. Das macht es deutlich schwerer, sie wieder abzuschaffen, denn dafür muss sich im Bundestag eine Zweidrittelmehrheit finden.

Die Schuldenbremse beschränkt die Möglichkeiten des Staates, Kredite aufzunehmen. Nicht, dass er gar keine Schulden machen kann, aber es dürfen nur 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sein. Die Möglichkeit der Verschuldung ist außerdem erstens konjunkturabhängig, das heißt in einer wirtschaftlichen Notlage kann der Staat mehr Kredite aufnehmen, in wirtschaftlich rosigeren Zeiten weniger. Zweitens gibt es im Gesetz selbstverständlich auch Ausnahmefälle: „Naturkatastrophen oder andere außergewöhnliche Not-situationen“ erlauben eine Umgehung der Regelung.

### Für Krieg ist Geld da

An der Schuldenbremse hängt viel, dafür reicht ein Blick auf einigedepolitischheißendenThemen der letzten Monate. Die stagnierende deutsche Wirtschaft, 100 Mrd. Euro für Aufrüstung, die Bauernproteste, drohende Kürzungen im sozialen Sektor. Alle diese Themen hängen auch damit zusammen, dass die Bundesregierung versucht, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts umzugehen und dabei die Schuldenbremse einzuhalten.

Zentral ist dabei die von Kanzler Olaf Scholz eingeläutete Zeitenwende, die Deutschland fit für den Kriegsfall machen und nebenbei auch als militärische Macht in der Welt etablieren soll. Die Aufrüstung ist in der Finanzplanung als unausweichlicher Posten gesetzt, dafür sorgt die Kriegslüsterheit des deutschen Establishments und ihre fleißige Agitation für die Mobilmachung gegen den russischen Feind.

Dabei fordern übrigens auch Gegner der Schuldenbremse, diese zu reformieren, gerade damit langfristig die fortwährende Aufrüstung durch Schulden finanziert werden kann.

Auch die Proteste wütender Bäuer:innen in den vergangenen Monaten sind die Reaktion auf die Finanzpolitik der Ampel. Die Kürzungen bei den Agrardiesel-Subventionen, die die Ampel beschlossen und trotz der Proteste auch umgesetzt hat, wurden von Habeck erst als Maßnahme zum Umweltschutz verkürt, entstanden aber natürlich nur aus der Notwendigkeit heraus, Einsparungsmöglichkeiten zu finden.

Innerhalb der Ampel gibt es keine Einigkeit über die Zukunft der Schuldenbremse. Bei SPD und Grünen gibt es den zaghaften Wunsch nach einer Reform, die FDP ist strikt dagegen.

Und mit der Opposition wird es keine grundlegenden Änderungen am Gesetz geben – weder mit der CDU, noch mit der AfD. Selbst für eine Reform stehen also die Karten eher schlecht, von einer Abschaffung ganz zu schweigen.

### Haushaltspolitik als Klassenkampf von oben

Der Streit um die Schuldenbremse wird auch in den Medien und in der Wissenschaft geführt, dabei verläuft die Streitlinie im Wesentlichen zwischen konservativen und eher progressiven Liberalen. Erstere wollen vehement an der Schuldenbremse festhalten, weil es strenge Regeln für solides staatliches Haushalten brauche, damit künftigen Generationen keine ungerechte Schuldenlast hinterlassen werde. Letztere plädieren für eine Reform der Schuldenbremse, da sie Staatsverschuldung nicht für an sich problematisch halten und darin ein wichtiges Werkzeug sehen, Investitionen zu tätigen, die die stockende deutsche Wirtschaft ankurbeln könnten.

Zwei Dinge gehen in der Debatte oft unter: Erstens finanziert der Staat seine Ausgaben nicht nur durch Kredite, sondern auch durch Steuereinnahmen. Wenn einem also ein solider Staatshaushalt wichtig ist, könnte man auch einfach die Vermögenden des Landes stärker zur Kasse bitten. Von den Geldbörsen der Reichen wollen aber alle – die Ampelparteien, die CDU und erst Recht die AfD – die Finger lassen. Die Schuldenfrage ist also auch eine Verteilungsfrage, eine politische Frage darum, welche Gesellschaftsschichten die finanziellen Lasten der Politik tragen.

Zweitens folgt aus dem Spardiktat zwangsläufig, dass zwischen verschiedenen Ausgaben abgewogen werden muss und dass manche Bereiche zugunsten von anderen leer ausgehen. Auch diese Entscheidung ist eine politische. Und

auch diese wird im liberalen Politik- und Medienbetrieb recht einhellig zugunsten der herrschenden Klasse beantwortet.

Mit oder ohne Schulden, es sind nicht die Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse, die primär verbessert und gefördert werden sollen, sondern die Interessen Deutschlands als Wirtschaftsstandort und als Nation.

Das konservative Beharren auf der Schuldenbremse ist abzulehnen. Staatsschulden sind keine Privatschulden und der Staat muss seinen Haushalt nicht behandeln wie das Familienkonto.

Allerdings hilft auch die Position der progressiven Liberalen nicht weiter, die bloß größeren Spielraum für Regierungen fordern, die dann Investitionen in Kapital und Militärtätigen können, ohne das Leben der Menschen nennenswert zu verbessern. Die Reallöhne sinken, von Bürgergeld und Renten kann man kaum noch leben, das Gesundheitswesen und der Bildungssektor bedürfen dringend finanzieller Mittel.

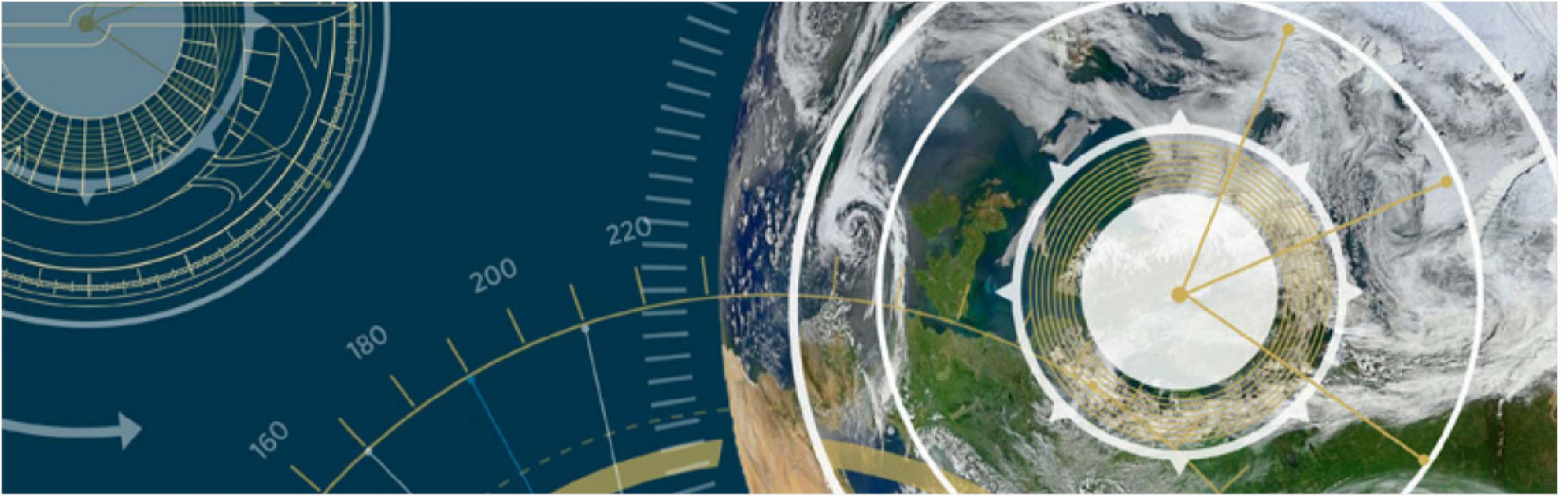
### Debatte führt am Wesentlichen vorbei

Das allgemein miserable Bild, das die Ampel abgibt und das viele Menschen auch ganz richtig erkennen, hat also nichts mit der Uneinigkeit über die Schuldenbremse im Parlament zu tun – wie die Medien es immer wieder in ihrer Rede von der „Regierungskrise“ der Ampel beschwören.

Das ist in allererster Linie der Tatsache geschuldet, dass die deutsche Haushaltspolitik im wesentlichen Klassenkampf von oben ist – und diesen führt die Ampel nicht miserabel, sondern recht erfolgreich im Sinne der Konzerne und Reichen.

Die Schuldenbremse ist ohne Zweifel ein Instrument, das den Handlungsspielraum der Regierung einschränkt und Fortschritt verhindert. Wichtiger ist aber die Einsicht, dass die Diskussion um Pro und Kontra der Schuldenregel oft am Kern vorbei geht. Egal wie die Verantwortlichen in Politik, Medien und Wissenschaft zu der Schuldenfrage stehen, letzten Endes geht die Politik zu Lasten derjenigen, die auch schon unter der Pandemie, den steigenden Preisen, der Kriegstreiberei und der sich immer weiter verschärfenden Ungleichheit im Land am meisten leiden.





## Mit der Notbremse aus der ökologischen Katastrophe?

Weiter-So oder andere Wege gehen – philosophische Gedanken zu Benjamin, Marx und der Rolle der Revolution – Jurek Luisenstadt

*Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“ – Walter Benjamin*

Dieser Pessimismus des schwermütigen Walter Benjamin – man könnte ihm mit einem einfachen Vorwurf der Fortschrittsfeindlichkeit begegnen und ihn abtun. Die Geschichte ist nun einmal Fortschritt, die Revolutionen sind die Entwicklungssprünge darin, im letzten Schritt bietet dieser Fortschritt das Potential, die Menschheit in der vollumfänglichen und letzten Revolution zu befreien – es muss voran gehen. Komm klar damit, Walter. Doch damit würde man es sich zu leicht machen. Denn es steckt tatsächlich etwas in diesem Gedanken, das es lohnt zu betrachten.

Was Benjamins Randnotiz so beachtenswert macht, ist nichts anderes als die zu Tage tretende Wirklichkeit der heutigen Zeit selbst: Die Verheerung, die durch immer neue Kriege und Krisen über uns herzieht und vielmehr noch die ökologische Katastrophe, die uns immer energischer an die Gurgel geht. Schreit all das nicht nach einem Ende? Was hat es denn nun zu tun, das im Zug der Geschichte reisende Menschengeschlecht?

Der erste Impuls der Erwidern auf Benjamin hat seine Berechtigung. Tatsächlich waren alle bisherigen großen Revolutionen kraftstrotzende Entwicklungstreiber. Der Fortschritt beispielsweise, den die Industrialisierung des frühen Kapitalismus gebracht hat, hat kaum begreifliche Kräfte der Produktion freigesetzt. Diese bürgerliche Revolution hat dabei auch einen Fortschritt gesellschaftlicher Freiheiten gebracht, der selbst mit zugehaltenen Augen nicht zu übersehen ist.

Fortschritt kann so aber nicht zu einem Wort werden, das einfach mit „gut“ zu übersetzen ist. Denn solange es eine Geschichte der Klassengesellschaften ist, wird für jeden Meter, den der Zug fährt, ein Ticket gelöst, das mit dem Schweiß und Blut der Ausgebeuteten und Geknechteten teuer eingekauft wird. Auch ist die Freiheit des Kapitalismus letzten Endes die, sich frei entscheiden zu dürfen, von wem man sich ausbeuten lässt.

Auf diesem zweiten Feld wird die volle gesellschaftliche Freiheit erst eine Möglichkeit nach der letzten, der sozialistischen Revolution. An manchen Stellen hält Marx fest, dass hier erst die Geschichte der Menschengesellschaft beginnt, weil sie erst hier wirklich frei über ihren Weg entscheiden kann und erst hier auch die individuelle Freiheit

abseits der Zwangsknechtschaft verwirklichen kann. Erst hier ist der Mensch überhaupt wirklich Mensch geworden, der seine Geschichte selbst bestimmen kann. Und erst hier ist die Menschheit in der Lage, ihr Verhältnis zur Natur bewusst und nachhaltig zu regeln. Denn Nachhaltigkeit braucht die volle gesellschaftliche Kontrolle über die Produktion, in der der Mensch sein handfestes Verhältnis zur Natur vermittelt.

Doch auch wenn Benjamin über alle vergangenen Revolutionen irrt – sie waren allesamt tatsächlich rasende Lokomotiven –, so hat er bei der anstehenden Revolution einen Nerv getroffen. Der historische Weg der Menschengesellschaft bewegt sich auf Schienen, so das Bild. Die Lokomotiven dieser Geschichte haben seine Passagiere, das Menschengeschlecht, rasant voran gebracht. So nicht zuletzt, sondern ganz besonders die Lokomotive, die es in den Kapitalismus befördert hat.

Nur: Das Kapital kam bereits bluttriefend auf die Welt, jeder Fortschritt, den er brachte, wurde mit ungezählten Stapeln von Leichen sowie körperlich und seelisch zerstörten Arbeiter:innen bezahlt. Seine progressive Phase hat der Kapitalismus längst durchfahren. Was bleibt ist nur die andauernde Verheerung und ein besonderes Verhältnis zur Natur, in dem diese

der reinen Nutzbarmachung für das Kapital unterworfen ist. Es kann in der kapitalistischen Produktion keine Rücksicht auf sie genommen werden. Es kann nur gelten, wie ihre Inwertsetzung heute, zu einer neuen Vermögensanhäufung morgen, also wie der Raubbau an ihr zu noch mehr Profiten führen kann.

So gesehen bewegt sich die kapitalistische Gesellschaft auf einem zerstörerischen Pfad. Die Weichen wurden längst gestellt, der Weg in die ökologische Katastrophe ist von den Gleisen stahlhart vorgegeben. Was also, wenn Benjamin zwar nicht über die vergangenen, sehr wohl aber über die anstehende Revolution Recht hat?

Es ist tatsächlich nicht nur an der Zeit, sondern überfällig, die Notbremse zu ziehen. Also der Zerstörungssorgie ein Ende zu setzen. Der Kapitalismus hat uns längst auf den technischen und wissenschaftlichen Stand gebracht, die Natur weitreichend zu verstehen, sowie viele Milliarden Menschen zu ernähren und viele Bedürfnisse darüber hinaus zu befriedigen. Warum dann nicht endlich die Fahrt in Richtung Abgrund, die uns die Gleise vorgeben, stoppen?

Es liegt darin keineswegs eine Absage an den sozialen Fortschritt – die gesellschaftliche Freiheit, die der Sozialismus

bringt, liegt nicht im nächsten Sprint der Lokomotive, sondern eben darin, aus dem Zug aussteigen. Denn erst hier beginnt die Freiheit. Sie besteht darin, sich ein neues Verkehrsmittel zu suchen, das nicht auf dem geraden und unkontrollierbaren Weg der Schiene gefesselt ist, sondern die Gesellschaft ans Lenkrad (oder den Lenker) ihres eigenen Weges lässt. Erst hier beginnt die Freiheit, unser Verhältnis zur Natur bewusst zu regeln und mit den Bedürfnissen in Einklang zu bringen.

Notbremse – diese Metapher lässt es so einfach klingen. Das ist es aber natürlich nicht. Denn diese eingerostete Bremse zu ziehen, verlangt vereinte Kräfte und es müssen die Schaffner und die mitreisenden Bundespolizisten überwunden werden, die sie bewachen. Machen wir uns für dieses Ringen bereit – der Lohn ist die frische Luft der Freiheit, die uns jenseits der Schiebetüren des Horrorzuges erwartet. Die Bremse zu ziehen ist in der Welt, in der wir leben, kein kurzentschlossener Akt eines einzelnen Reisenden, sondern das Ergebnis eines Kampfes einer gemeinsam handelnden Masse aufständiger Passagiere.

Deswegen auf zur Rebellion in den Zweite-Klasse-Waggons dieses Zuges – organisiert hält uns niemand auf!

## Klima-Engineering? Nein, danke!

Die Erde rast auf eine Katastrophe zu, während gigantische Staubsauger als eine rettende Idee verkauft werden. – Malik Genly

Das UNO-Umweltprogramm hat 2023 einen Blick auf die Versprechen und Ziele aller Staaten der Erde zur Reduzierung ihrer CO<sub>2</sub> Emissionen geworfen. Davon ausgehend, dass alle Reduktionsziele eingehalten werden, rechnet die UNO mit einem globalen Temperaturanstieg von 2.5 bis 3 Grad.

Diese düstere Prognose muss aber leider noch als optimistisch eingeschätzt werden, da in der Studie die sich gegenseitig verstärkenden Auswirkungen der globalen Klimakippunkte nicht berücksichtigt wurden. Wie gehen die Industrie und die politischen Verwalter des kapitalistischen Systems,

die uns diese Lage eingebracht haben, mit diesem Wissen um? Die alten Taktiken der Leugnung des Klimawandels oder der Beschwichtigung seiner Folgen sind angesichts des überwältigenden wissenschaftlichen Konsenses bei der Einschätzung der Klimakatastrophe nicht mehr zeitgemäß.

Stattdessen wird klassische Bilanzfälschung betrieben und damit kalkuliert, dass die Menschheit zukünftig irgendwie in der Lage sein wird, CO<sub>2</sub> im großen Maßstab von einigen Milliarden Tonnen pro Jahr aus der Erdatmosphäre entfernen und sicher speichern zu können.

Diese Idee fällt in den Bereich des Geo- bzw. Klima-Engineering, was ein breites Spektrum an Technologien beschreibt, mit denen absichtlich und im großem Maßstab in die Erdsysteme eingegriffen werden soll. Meistens wird zwischen zwei verschiedenen Wegen des Klima-Engineering unterschieden.

Zum einen das Management der Sonneneinstrahlung der Erde (SRM) und zum anderen die Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre (GGR). Die zahlreichen Methoden des Klima-Engineering unterscheiden sich in ihrer Absurdität teils sehr stark, sie haben aber auch einige ent-

scheidende Gemeinsamkeiten. So eint alle Vorhaben, dass sie in einer gewaltigen Größenordnung eingesetzt werden müssten, um überhaupt Auswirkungen auf das Klima entwickeln zu können. Die menschlichen Kenntnisse über die Funktionsweisen des planetaren Ökosystems sind aber so begrenzt, dass eine große Wahrscheinlichkeit besteht, das Klima-Engineering die Krisen eher verschärfen als lösen würde.

Das fehlende Wissen macht diese Versuche also nicht nur unzuverlässig und hochriskant, sie wären auch höchstwahrscheinlich irreversibel. Denn wird erst einmal damit begonnen, den Planeten

„künstlich herunterzukühlen“, während gleichzeitig weiterhin CO<sub>2</sub> emittiert wird, dann wird es unmöglich sein, diese Entwicklung mittendrin zu stoppen.

Die wichtigste Gemeinsamkeit aller Klima-Engineering Versuche ist jedoch, dass sie den ökonomischen Interessen der fossilen Industrie dienen. Denn solange der gesellschaftliche Glauben an diese Pseudolösungen besteht, können die beteiligten Konzerne weiterhin Profite machen.

Nur deshalb verkaufen sie gigantische Staubsauger und Sonnenschirme im All als Lösungen, wohl wissend, dass das die Menschheit näher an den Abgrund treibt.

# „Die Leute vergessen wie wichtig Solidarität ist“

Interview mit Martin von der Celtic Glasgow Ultra Gruppe, Green Brigade, über die Zusammenhänge von Politik, Fußball und Palästina – geführt und übersetzt von Karl Busch



**Zu Anfang für unsere Leser:innen einmal das Grundlegende: Was ist die Green Brigade?**

Die Green Brigade ist eine Ultra-gruppe von Celtic Glasgow FC. Wir haben uns 2006 gegründet, um nach der Sterilisierung des Britischen Fußballs frischen Wind in den Celtic Park zu bringen. Angesichts der einzigartigen Geschichte unseres Fußballclubs haben die Celtic-Fans schon immer ein politisches und soziales Gewissen gehabt. Daher war es nur natürlich, dass wir, als Ultras, uns von Anfang an als politische Gruppe verstehen. Von Anfang an haben wir uns antifaschistisch positioniert, wohl auch beeinflusst von der Antifa-Ultra-Szene, die wir damals als wir in den Kinderschuhen steckten als Inspiration nutzten.

Wir würden uns zwar immer noch als „Antifa“ bezeichnen, haben uns aber von der erwähnten Szene und von einigen namhaften Antifa-Gruppen entfernt, haben unseren eigenen Ruf und unsere Identität entwickelt. Unser Stil und unsere Identität sind stark von der Geschichte unseres Fußballvereins unseren und seinen Wurzeln in der irischen Diaspora und vom irischen Republikanismus beeinflusst. Wir haben einen Underdog-Arbeiterklassengeist, der wiederum von den Erfahrungen unserer Vorfahren und dem Rassismus der irischen und katholischen Community beeinflusst ist, der heute noch in Schottland existiert. Dieser Widerstandsgeist hat uns wahrscheinlich durch verschiedene bemerkenswerte Zusammenstöße mit unserem Verein und verschiedenen Behörden geprägt, die oft, aber nicht immer, mit unseren politischen Überzeugungen zusammenhängen. Und als Ultras sind wir natürlich von der Ultra-Kultur beeinflusst und lassen uns von verschiedenen Gruppen und Szenen auf der ganzen Welt inspirieren.

**Ist Fußball eurer Meinung nach von Natur aus politisch? Wie ist die Verbindung zwischen Fußball und Politik?**

Sicherlich. Auf jedenfall für die Ultras, sogar für diejenigen, die behaupten, unpolitisch zu sein, was ich für ein seltsames Konzept, fast einen Widerspruch halte. Die ganze Idee der „Ultras“ und der ständige Kampf gegen Konformität und Unterdrückung ist von Natur aus politisch. Die Organisation und Mobilisierung für gemeinsame Ziele ist von Natur aus politisch. Es gibt bestimmte Arten von „Politik“, die einige Fans und Ultras vielleicht lieber meiden, aber das bedeutet nicht, dass sie

unpolitisch sein müssen oder dass ein Fußballstadion eine Art politisches Vakuum sein kann. Politik gibt es in allen Formen und Größen und betrifft alle Bereiche der Gesellschaft und des Lebens, daher ist es unmöglich, frei von Politik zu sein.

Der Fußball ist ein einzigartiger Schauplatz, der ein lokales Publikum von Tausenden und ein potenziell größeres Publikum von Millionen anzieht. Er ist eine unglaubliche Plattform, um politische Botschaften zu verbreiten, Diskussionen anzustoßen und Menschen zu erziehen und zu beeinflussen. Dies ist ein Grund, warum Ultras und Fußballfans im Allgemeinen so sehr unterdrückt werden – die Staaten hassen die Vorstellung, dass die Massen eine Botschaft erhalten, mit der sie möglicherweise nicht einverstanden sind.

**Diese Bühne nutzt ihr ja oft auch um Aufmerksamkeit auf die Situation in Palästina zu lenken. Wie ist euer Verhältnis zum palästinensischen Kampf?**

Unsere Beziehung zu Palästina wurde aus einer grundlegenden internationalistischen Solidarität geboren. Als Celtic Fans wachsen wir mit dem irischen Kampf auf, und im Gegenzug wird man auf andere, ähnliche Kämpfe aufmerksam. Der irische und der palästinensische Kampf sind seit langem eng miteinander verbunden, so dass es für Celtic-Fans, die schon immer eine irisch-nationalistische und republikanische Identität hatten, ganz natürlich war, sich auch mit Palästina zu identifizieren.

Von da an kamen wir uns durch persönliche Kontakte näher und knüpften schließlich Beziehungen in Palästina. Im Laufe der Jahre haben sich diese Beziehungen durch verschiedene Projekte, oder durch Aktionen, die wir im Stadion durchgeführt haben, verstärkt. Wir haben eine enge Beziehung zum Lajee Center im Aida Refugee Camp in Bethlehem. Eine unserer bemerkenswertesten Aktionen war im Jahr 2016, als wir in einem Championsleague-Qualifikationsspiel gegen die zionistische Mannschaft Hapoel Be'er Sheva spielten. Infolge des Zeigens der palästinensischen Flagge wurde Celtic von der UEFA zu einer Geldstrafe verurteilt, was wir zum Anlass nahmen, eine Crowdfunding-Aktion zu starten, um die Geldstrafe zu „begleichen“ und das Geld stattdessen an Palästina zu spenden. Dies erregte in Palästina und in der ganzen Welt große Aufmerksamkeit, und von da an wurde unsere Beziehung zu Lajee immer stärker. Am Ende hatten wir 176.076 Pfund gesammelt.

Dies ebnete den Weg für die Gründung von Aida Celtic, einer Fußballakademie im Aida Camp, die von Lajee geleitet und von der Green Brigade auf verschiedene Weise unterstützt wird.

**Wie unterstützt ihr den palästinensischen Kampf seitdem?**

Hauptsächlich über Aida Celtic. Wir helfen bei der Organisation der Akademie in Bezug auf die strategische Planung und den Aufbau, sowie die Aufrechterhaltung der internationalen Unterstützungsbasis, insbesondere innerhalb der Celtic Anhänger-schaft. Die Beziehung zwischen Celtic und Palästina lebendig zu halten, ist für uns von zentraler Bedeutung. Das bedeutet, dass wir auf den Tribünen mit Fahnen, Bannern und durch Kleidung präsent sind und das Thema auch in anderen Bereichen durch Bildung am Leben erhalten. Es ist wichtig, die Beziehung nicht nur an künf-

ist, insbesondere angesichts der Berichterstattung über die Ereignisse an diesem Tag und den Wochen danach. Diese Reaktion war uns jedoch nicht fremd, da wir mit unseren politischen Aktionen oft Kontroversen und Anfeindungen hervorrufen.

Der Auslöser in unserer Szene war, dass der Club eine Erklärung gegen unsere Gruppe und das Transparent abgab. Das bedeutete nicht nur, dass wir darauf reagieren mussten, sondern auch, dass eine vereinbarte Grenze überschritten wurde, nämlich keine öffentlichen Kommentare/Kritik zu äußern. Wir hassen auch die Vorstellung, dass der Club uns oder andere Fans über Moral oder

und der schrecklichen Atmosphäre forderten, dass wir wieder reingelassen werden.

Die Bhoys Celtic, die zweite Ultra-gruppe bei Celtic, boykottierten aus Solidarität mit uns die Heimspiele, was unserer Position sehr half.

Der Verein gab nach etwa zwei Monaten auf, wahrscheinlich aufgrund der Kritik und des Drucks von anderen, normalen Fans. Den gesperrten Fans wurden die Sperren entzogen, sie bekamen die Kosten für die verpassten Spiele erstattet, die sie bereits über ihre Dauerkarten bezahlt hatten, und die verpassten Auswärtsspiele wurden ihnen gutgeschrieben.



Celtic Glasgow Fans

tige Generationen weiterzugeben, sondern sie auch verstehen zu lassen, warum sie wichtig ist und warum es selbstverständlich ist wenn man ein Celtic-Fan ist.

Abgesehen davon, wenn es einen wichtigen Moment oder ein wichtiges Ereignis gibt und wir der Meinung sind, dass wir darauf aufmerksam machen sollten oder dass wir in irgendeiner Weise etwas bewirken können, dann tun wir das. Die Menschen unterschätzen oft die Bedeutung von Solidarität und wie mächtig ein einfacher Akt wie das Schwenken einer Flagge sein kann. Die Palästinenser werden täglich verhaftet, brutal behandelt, gefoltert und ermordet, weil die Zionisten versuchen, sie ethnisch zu säubern. Es ist illegal für sie, ihre eigene Flagge auf ihrem eigenen Land zu hissen. Wenn sie sehen, dass Menschen auf der ganzen Welt für sie ihre Flagge hochhalten, gibt ihnen das Hoffnung und Mut.

**Was geschah in eurer Szene nach den Ereignissen vom 7. Oktober?**

Am 7. Oktober zeigten wir ein Transparent mit der Aufschrift „Free Palestine – Sieg dem Widerstand“. Wie du dir vorstellen kannst, stießen die Banner auf eine Reaktion, die für die meisten westlichen Staaten typisch

Politik belehrt, wenn man die Geschichte des Clubs, bestimmte Personen in der Führungsebene und die Tatsache bedenkt, dass sie oft den politischen Aspekt des Clubs und der Unterstützung ausnutzen um Geschäfte zu machen. Der Club begann, Schritt für Schritt Strafmaßnahmen gegen uns zu ergreifen und behauptete, der wahre Grund dafür seien Gesundheits- und Sicherheitsbedenken. Zunächst wurden uns die Dauerkarten für Auswärtsspiele entzogen. Wir besuchten weiterhin Auswärtsspiele, setzten uns weiterhin für Palästina ein und der Krieg der Worte ging weiter.

Wir organisierten eine große Aktion für Palästina in der Champions League gegen Atletico Madrid, obwohl der Verein die Fans aufgefordert hatte, nicht daran teilzunehmen, woraufhin wir sowohl für Heim- als auch für Auswärtsspiele gesperrt wurden. Wir besuchten weiterhin Auswärtsspiele, da dies praktischer war und wir unsere Unterstützung für Palästina aufrechterhalten konnten. Wir blieben den Heimspielen aus praktischen Gründen fern, aber auch, weil unsere Abwesenheit schnell zu einer Waffe gegen den Verein wurde und der Druck von Woche zu Woche zunahm, da die Fans aufgrund der mangelnden Unterstützung für die Mannschaft

Bei unserem Rückkehrspiel haben wir mit Spruchbändern an die Tausenden von Palästinensern erinnert, die bis dahin beim Genozid im Gazastreifen ermordet worden waren. Das war um die Weihnachtszeit, und wir haben einen Text aus einem berühmten irisch-republikanischen Weihnachtslied verwendet.

Auch hier zeigte sich unsere einzigartige Identität, auf die ich bereits hingewiesen habe. Die Spruchbänder wurden im Stadion begeistert aufgenommen – auch wenn einige überrascht waren, dass wir dies bei unserem ersten Spiel nach der Rückkehr getan haben, denke ich, dass viele dieses Maß an Trotz von uns erwartet haben.

**Wie ist die Situation jetzt?**

Die Situation ist jetzt ruhig. Wir haben keine Suspendierungen und keine nennenswerten Einschränkungen, außer bei den Choreografien. Unsere Beziehung zum Verein ist immer noch sehr schlecht, was bedeutet, dass wir keine Genehmigung für große Choreos bekommen und das wird sich wahrscheinlich in nächster Zeit nicht ändern. Obwohl die Dinge derzeit ruhig sind, ist die Beziehung brüchig und die Dinge könnten relativ leicht erneut eskalieren.

# Guernica – Allegorie des Schreckens

– Avatis Serkassian

**E**s fallen Bomben, das Feuer, die Schreie, die zerfetzten Körper. Und dann?

Schweigen, eine sich vollziehende Katastrophe, die kaum jemand mehr zu stoppen vermag. Hunderte, wenn nicht Tausen-

de werden an diesem 26. April 1937 den Kampfjets der Legion Condor zum Opfer fallen. Es geht um Guernica, jene kleine Stadt im Baskenland, die an diesem Morgen in Trümmern liegt.

Guernica, das zum Ziel der ersten Bombardierungskampagne

der Geschichte wird, die nur zum Zweck hatte, die Zivilbevölkerung auszulöschen. Guernica, dessen Schmerz zu den schwarzen und grauen Farben auf Picassos Leinwand werden sollte.

Guernica, das leidende Pferd, der Stier, die brennende Frau, der

Krieger mit gebrochenem Schwert und einem letzten Olivenzweig in der Hand.

Guernica, das in aller Welt und in aller Munde zum Symbol werden sollte, um vor dem Grauen des Krieges und des Faschismus zu mahnen.

...und Guernica, dessen Kinder und Enkelkinder, von neuem die Luftschuttsirenen über ihrer Stadt erklingen lassen und schweigen, wenn sie von Gaza sprechen.

„Guernica“ zeigt das Verbrechen und klagt den Verbrecher an!



Das 3,50\*7,80m große Gemälde von Picasso entstand 1937

## Gedichte gegen den Krieg – Anmerkungen zu Brechts „An meine Landsleute“ – Maria Kaminski

**„Lieber Genosse Wilhelm Pieck, darf ich Dir, um meine Freude über Deinen Amtsantritt auszudrücken, ein kleines Gedicht schicken, dessen Sprecher Du noch viel besser sein könntest als der Dichter? Sehr herzliche Grüße, auch von Helli, Dein Bertolt Brecht.“**



Mit dieser kurzen Notiz lässt Bertolt Brecht dem 1949 zum ersten Staatspräsidenten der DDR gewählten Wilhelm Pieck das ihm gewidmete Gedicht „An meine Landsleute“ zukommen.

Der Titel des Gedichts ist auch eine Anspielung auf Piecks Angewohnheit, seine Reden mit den Worten „Meine Landsleute“ zu beginnen – um eben die Bürger:innen beider deutscher Staaten anzusprechen. Wilhelm Pieck, ehemaliger KPD-Funktionär und zeitlebens Freund der Kunst, zeichnete Brecht 1951 mit dem Nationalpreis erster Klasse aus, als Dichter der „helfe den Kampf für den Frieden zu führen.“ Das Gedicht findet allerdings nie Platz

in einer Rede. Dabei ist es kein Zufall, dass Brecht Pieck in seinem Anschreiben als den „Sprecher“ besetzt, denn Pieck hat die Autorität inne, das Textbegehren als Staatsziel einzufordern. Und Brecht – der „Dichter“ in diesem neuen Staate, hat den Sinn zu erkennen, dass der Frieden das höchste Gebot dieses neuen Staates sein muss, da er ja den Kapitalismus abbaut, der zum Krieg führt.

Brecht, der noch zu Zeiten des Krieges stets einen dem Zeitgeschehen angepassten, düsteren Ton für seine Lyrik gewählt hatte, entschied sich offensichtlich als inoffizielles künstlerisches Oberhaupt der DDR dazu, eine neue Sprache an den Tag zu legen. Eine Sprache für die Zeiten der Hoffnung, in denen sich eine neue Gesellschaft aufbauen sollte.

Auch „An meine Landsleute“ liest sich wie eine Fürbitte, ausgerichtet zur Wiederholung, sodass sich der Frieden als die neue Moral einer neuen Welt in das Bewusstsein der Menschen setze. Falls in den kommenden Tagen der Barbarei, die Hoffnung sich wieder verabschiedet und die Verzweiflung im Herzen sich breit macht, empfiehlt es sich, die Verse dieses Gedichts parat zu haben – als Stoßgebet zu dunkler Stunde.

### Bertolt Brecht

An meine Landsleute (1949)

Ihr, die ihr überlebtet in gestorbenen Städten  
Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen!  
Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen  
Als ob die alten nicht gelangt hätten:

Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!  
Ihr Männer, greift zur Kelle, nicht zum Messer!  
Ihr säßet unter Dächern schließlich jetzt  
Hättet ihr auf das Messer nicht gesetzt

Und unter Dächern sitzt es sich doch besser.  
Ich bitt euch, greift zur Kelle, nicht zum Messer!  
Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen  
Müßt ihr um Einsicht eure Eltern bitten.

Sagt laut, ihr wollt nicht in Ruinen wohnen  
Und nicht das leiden, was sie selber litten:  
Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen!  
Ihr Mütter, da es euch anheimgegeben

Den Krieg zu dulden oder nicht zu dulden  
Ich bitt euch, lasset eure Kinder leben!  
Daß sie euch die Geburt und nicht den Tod dann schulden:  
Ihr Mütter, lasset eure Kinder leben!

## REZENSION – REZENSION – REZENSION – REZENSION – REZENSION – REZENSION

### „Mit dem letzten Zug nach England“ – Meta Cobell

Unverblümt schildern die jüdischen Kommunist:innen Alice und Gerhard Zadek aus unterschiedlichen Perspektiven den Widerstand gegen den heaufziehenden Faschismus ab Ende der 1920er Jahre. Als Teil der Widerstandsgruppe um Herbert Baum ver-

üben sie Anschläge und müssen 1939 nach England fliehen. Nach dem Krieg ziehen die Zadeks in die DDR mit dem Ziel, ein sozialistisches und antifaschistisches Deutschland aufzubauen.

Detailreich und persönlich beschreiben die beiden, wie sie stets weiter gekämpft und ihren Überzeugungen treu

geblieben sind. Ein bildhaftes Zeugnis jener Jahre des Lebens und Widerstandes in Berlin, von deren Akteur:innen nicht viele überlebt haben, um uns und der Nachwelt berichten zu können.

Um künftige Generationen vor den Fehlern der Vergangenheit zu bewahren, ist es notwendig in der Gegenwart von ihr zu lernen.



erhältlich beim Dietz Verlag Berlin

# KLASSENCLOWN der Ausgabe - Marie-Agnes Strack-Zimmermann

- Jaber Ahmadi



Dürfen wir vorstellen: Marie-Agnes Strack-Zimmermann, der Waffenlobby größter Stolz. Von einigen gehasst, von anderen gelobt, muss man ihr eigentlich dankbar sein. Denn sie ist eine der wenigen innerhalb der deutschen Politikerkaste, die zumindest ehrlich ist.

Anfang 2021 lehnte sie die Lieferung von Waffen an die Ukraine noch ab, da der Konflikt nicht militärisch zu lösen sei. Doch seit sie Teil der Regierung ist, steht sie an vorderster Front derer, die das am vehementesten fordern. Als ihr 2022 vorgeworfen wurde, ihre Mitgliedschaften in diversen Lobbyverbänden der Rüstungsindustrie würden in einem Interessenskonflikt mit ihrem Vorsitz im Verteidigungsausschuss stehen, antwortete sie richtigerweise: „Wir sind als Verteidigungsausschuss in Verantwortung, die Bundeswehr gut auszurüsten.“

Dabei geht sie sogar so weit, im Februar 2024 als einzige Abgeordnete der Ampel-Koalition für einen CDU-Antrag zu stimmen, der eine Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine forderte. Es ist sehr ungewöhnlich, als Regierungsmitglied für Anträge der Opposition zu stimmen. Aber bei Waffen kennt Agnes keine Parteien mehr, sondern nur noch das Wohl der Rüstungsindustrie.

Genau ein Jahr zuvor hatte sie auf einer Karnevalssitzung Friedrich Merz wegen seiner rassistischen Äußerungen kritisiert. Und Agnes, als neoliberale Pragmatikerin, zeigte uns nun, was ihr Ziel ist: Statt die Alis wie Merz als Paschas zu beschimpfen - oder wie die AfD remigrieren zu wollen - ist sie dafür, Ausländer in die Bundeswehr aufzunehmen.

So wie die bürgerliche Mitte kein Problem mit Abschiebungen hat,

sondern Angst davor, selbst schlecht bezahlte Drecksjobs machen zu müssen, ist Agnes natürlich keine Antirassistin. Es geht um was anderes: Um wieder eine richtige Armee aufzubauen, braucht die Bundeswehr wieder Zuwachs, der bereit ist als Kanonenfutter zu enden. Und da die Bundeswehr aktuell noch recht unattraktiv ist, bringt die Agnes die Ausländer wieder ins Spiel. Getreu dem Motto: Nur ein dienender Ausländer ist ein guter Ausländer.

Doch ob Ausländer oder nicht, eins ist für uns gewiss: In diesen Kriegen liefern die Armen die Leichen und das Geld fließt zu den Reichen. Um diesen Wahnsinn endgültig zu beenden, braucht es unseren Widerstand gegen Krieg und Kapital - und zwar international. Bis dahin wären wir erstmal zufrieden, wenn die Agnes an die Ostfront muss, denn dann wäre mit diesem Krieg auch bald Schluss.

## Kreuzworträtsel

Schlüssel	T	erellt irgendwan n jeden	S	rar	fertig gekocht	G	B	große Schlange	Ghetto	V	int.Recht						
C	O	D	E		B	Sozialism us oder...	A	O		S	O						
	D		L		geladenes Atom	A	Greifer	K	R	A	L	L	E				
		Junge (ugs.)	B	T	Persien	I	R	A	N	dafür ist Geld da		U	L				
			E	E		M	O	B		E	A		M	K	sterben (ugs.)		
bombardi erte Stadt	G	N	N		wütendes Volk	N	E		T	U			E	V			
Fabelwes en	U	G			nicht mehr da	R		E	F	P	Dichter, Lyriker		R	E			
	F	E	E		polit.Schal	W	E	G		R	O	U	wird im Krieg verheizt	R	R		
		R	L		befestigte s Ufer	K	A	I	cooler als Luther	M	U	E	N	Z	E	R	
		N		A	Franzisku s von...	U				E	T	T		C	E		
		I		S		F			Abschieds gruß	S		E	röm.Gren zwall	H	C		
Sesammü ß	C		S			F		S	K	A	T		R	L	T	K	
	T	A	H	I	N	I			Kartenspi el	D	U		T	I		E	
			S		Y				Walter...	B	E	N	J	A	M	I	N
		V	I	T	A					G		N	E				
		Ostcoola			H								S				

Lösung unter [kommunist-innen.org](http://kommunist-innen.org)

## Lösungswort:

A P A R T H E I D

1 2 3 4 5 6 7 8 9

## Editorial

Die Proletin ist die Verteilzeitung des „Bund der Kommunist:innen.“

Bund der Kommunist:innen online:  
[www.kommunist-innen.org](http://www.kommunist-innen.org)  
X @kommunistinnen

Interesse an der revolutionären Stadtteilarbeit?:  
[www.gegenmacht.jetzt](http://www.gegenmacht.jetzt)



**Stadtteilkomitee  
Wedding**  
im Stadteilladen  
Rote Ella  
Buttmannstraße 1a  
13357 Berlin



**Stadtteilkomitee  
Neukölln**  
im Stadteilladen  
Rote Lilly  
Emser Str. 114  
12051 Berlin



**Stadtteilkomitee  
Lichtenberg**  
im Café Wostok  
Weitlingstraße 97  
10317 Lichtenberg



**Kommunistischer  
Jugendbund**  
im Stadteilladen  
Rote Lilly  
Emser Str. 114  
12051 Berlin

Druck:

MegaDruck.de  
Produktions- und  
Vertriebs GmbH  
Am Haferkamp 4  
26655 Westerstedde

Herausgeber:

Frederik Langhoff  
Buckover Ring 64  
12685 Berlin

Verantwortliche  
Redakteurin  
i.S.d.P.:

Silke Wolfram  
Emmentaler  
Str. 92  
13409 Berlin

**BDK**  
KOMMUNIST-INNEN.ORG